

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschl. Post) 5 Heller Porto

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Freitag, 26. Febr 1937

Nr. 49

Rasche Durchführung der Regierungsbeschlüsse gefordert

Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zu den nationalen Vereinbarungen

Der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik hielt Donnerstag, den 25. Feber im Parlament in Prag eine Sitzung ab, in welcher der Parteivorstandende Minister Dr. Czech einen ausführlichen Bericht über die zwischen den deutschen Regierungsparteien und der Regierung geführten Verhandlungen und deren Ergebnis erstattete. Zu dem Referat des Ministers sprachen in der Debatte Dr. Sella, Sager, Biska, Taub, Dr. Strauß, de Witte, Grünner, Sadenberg und Krejci, worauf Dr. Czech ein Schlusswort hielt. Die Auffassung des Parteivorstandes kommt in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck, die wir nachstehend wiedergeben:

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüßt die Beschlüsse der Regierung über nationalpolitische Fragen, die am 20. Feber verabschiedet wurden, als erstes wertvolles Ergebnis der Bemühungen um die Herstellung eines vollen und freundschaftlichen Einvernehmens zwischen allen Völkern unserer Republik. Er erklart in ihnen einen Erfolg der demokratischen Zusammenarbeit, eine ernste Verwahrung der demokratischen Methoden und damit eine Rechtfertigung der von der Partei konsequent festgehaltenen Politik. Zugleich bedeuten die Beschlüsse des Ministerrates eine schlagende Widerlegung der nationalistischen Demagogie, welche auf das Wohlgehen des Einigungswerkes spekuliert hatte.

Der Parteivorstand stellt fest, daß die Substantive deutsche Partei die Zusicherung gegeben hat, die Verhandlungen nicht zu führen, daß sie solche Störungsbemühungen nicht unterstützen und sich zu diesem Zwecke auch der Auslandspropaganda bedient hat und daß sie mit diesem Versuch kläglich gescheitert ist.

Der Parteivorstand erachtet es jedoch als seine Pflicht, mit allem Nachdruck darauf zu bestehen, daß die begründeten Beschlüsse der Regierung ihre guten Wirkungen nur dann zeitigen können,

wenn der grundsätzlichen Verständigung die Durchführung rasch, in vollem Umfange und im Geiste der Beschlüsse nachfolgt.

Die fortwauernde wirtschaftliche Not in den überwiegen von Deutschen bewohnten Grenzgebieten erfordert vor allem die ehestige Verwirklichung der Beschlüsse auf Wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Der Parteivorstand erwartet, daß die Beschlüsse zu einer baldigen Behebung der Investitionslosigkeit in den deutschen Gebieten des Staates führen werden und daß bei der Aufnahme von Arbeitern den öffentlichen Arbeitsvermittlungsdiensten und den gewerkschaftlichen Organisationen die entsprechende Mitwirkung eingeräumt wird. Ebenso erwartet er, daß bei öffentlichen Lieferungen jene Unternehmungen berücksichtigt werden, welche die sozialpolitischen Schutzbestimmungen, einschließlich der Verordnung über die Arbeitsvermittlung lokal einhalten.

Der Parteivorstand gibt ferner der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Grundzüge der Regierungsbeschlüsse über die Leitung der Jugend in dem vorbereiteten Jugendfürsorgegesetz ihre realistische Sicherung finden werden.

Die vermehrte Aufnahme von deutschen Bewerbern in den öffentlichen Dienst wird dazu beitragen, nicht nur dem Intelligenzschwachwerden, sondern auch breiten Schichten der deutschen Bevölkerung neue Existenzmöglichkeiten zu eröffnen, wegn sich die Durchführung des einschlägigen Regierungsbeschlusses auf alle Kategorien der Angestellten, also insbesondere auch auf die Bediensteten und Arbeiter des Staates, der staatlichen Unternehmungen und Anstalten erstreckt.

Der Parteivorstand anerkennt vorbehaltlos den Grundsatz, daß die Loyalität zum Staate die Voraussetzung für die Aufnahme in den Dienst des Staates ist. Dieser Grundsatz

darf aber von den zuständigen bürokratischen Stellen keineswegs zum Vorwand genommen werden, um die Durchführung des Beschlusses zu hemmen. Das gleiche gilt von der sprachlichen Qualifikation. Der Parteivorstand erwartet daher, daß die Regelung der Sprachprüfungen nach dem Ausmaß des tatsächlichen Bedürfnisses für den Dienstgebrauch ehestens erfolgen wird.

Auf dem Gebiete der Schulverwaltung gibt der Beschluß des Ministerrates den Weg für die Verabschiedung der vom Schulministerium bereits seit Jahren vorbereiteten Entwürfe frei, welche dem Grundsatz entgegenkom-

men, daß alle Schulen gleichsprachigen Schulbehörden zu unterstellen sind. Als weitere Konsequenz der Beschlüsse vom 20. Feber erwartet der Parteivorstand die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die gedeihliche Entwicklung der deutschen Kulturinstitutionen, insbesondere der Volkshochschulrichtungen.

Indem der Parteivorstand die positiven Fortschritte, welche sich aus den nationalpolitischen Beschlüssen der Regierung ergeben, hervorhebt und ihre soziale und kulturelle Bedeutung unterstreicht, gibt er zugleich seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Regierung, indem sie sich zur weiteren Entfaltung einer gerechten Nationalpolitik verpflichtet, an der Fortsetzung des so verheißungsvoll begonnenen Werkes zu arbeiten entschlossen ist. Der Parteivorstand erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit ist, ihre besten Kräfte in den Dienst dieses Werkes zu stellen, in dem Bewußtsein, daß sie damit nicht nur den Interessen des deutschen Volkes in der Republik, sondern auch den Interessen des Staates dient.

SA-Methoden der Henleins

Kommunisten unter Huronengebrüll aus dem Sitzungssaal geschleppt Schärfstes Einschreiten des Präsidiums erwartet

Prag. Die SBP-Abgeordneten haben Donnerstag gegen Abend das Abgeordnetenhaus zum Schauspiel ihrer einseitigen Kamusie gemacht, indem sie einige Kommunisten, die ihnen unangenehme Zwischenrufe machten, kurzschon mit Brachialgewalt aus dem Sitzungssaal, in dem das Haus tagte, hinausgeschleppt und draußen in den Couloirs — in dem wahrhaft von Gelächter zeugenden Verhältnis von 40:3 in der rabiatesten Form persönlich angingen und herumgerietten.

Juristisch gesehen stehen da einem Verbot — dem Schimpfwort „Faschistenbande“, das der Kommunist Bauer den Senleuten zurief — aufgelegte Verbote nach biveren Straf- und Schimpfgesetzen, wie öffentliche Gewalttätigkeit, Behinderung von Mitgliefern einer gesetzgebenden Körperschaft an der Ausübung ihres Mandates und ähnliche schöne Dinge gegenüber. Es kann daher auch nicht die von der SBP sofort ausgetretene Entschuldigung ernst angenommen werden, daß sie von den Kommunisten: „ausgefordert“, „provokiert“ würden und das Hauspräsidium ihnen keinen Schutz habe angebeten lassen, zumal dieser Ausdruck die offene Drohung mehrerer dieser Leute folgte, sie würden, wenn das Präsidium verfehle, sich eben selbst auf die oben geschilderte Weise auch weiterhin „Dröhnung schaffen“.

Hier liegt die offene Absicht vor, reichs-

deutsche SA-Methoden aus den Versammlungs-schlachten vor der Wachtgreifung auf den Boden des tschechoslowakischen Parlaments zu verpflanzen. Selbstredend wird sich das Parlamentärpräsidium und die Koalition gleich am Freitag mit diesen Vorfällen befassen und entsprechende Maßnahmen treffen. Allgemein herrscht jedoch die Meinung vor, daß hier eine Rüge nach der Geschäftsordnung als Sühne völlig unzureichend, ja nur ein Anreiz für die Störung wäre, ähnliche Kravalle zur ständigen Einrichtung werden zu lassen.

Hier werden die zuständigen Faktoren rücksichtslos durchgreifen und alle gesetzlichen Mittel zur Anwendung bringen müssen, um den Herren von der SBP ein für allemal Kur zu machen, daß für reichsdeutsche Terrormethoden auf dem Boden der Tschechoslowakei kein Platz ist.

Ohnmächtige Wut über die Niederlage vom 20. Feber

Hätte Bauer nicht „Faschistenbande“ gerufen, so wären die Kravalle offensichtlich aus irgend einem anderen Vorwand heraus losgerungen. Die SBP ist offenbar durch den Abschluß der deutsch-tschechischen Verhandlungen schwer enttäuscht, noch schwerer aber durch ihre Schwatrone in gewissen tschechischen Rechtskreisen, die ihnen solange Zusicherungen machten, daß aus den Verhandlungen bestimmt nichts herauskommen würde, bis das Kommuniqué der Regierung vom 20. d. M. sie aus allen Himmeln fürzte. Es scheint, daß die Herren jetzt eine um so radikalere Taktik einschlagen wollen, um ihre enttäuschten Anhänger doch noch weiter bei der Stange zu halten.

Diese Taktik kam im Laufe der Sitzung wiederholt in Sprechstücken zum Ausdruck, in denen die Herren das Erscheinen der deutschen Minister, der „Ausgleichsminister“ oder gar der „Verwalter der Konfessionen“ forderten, obgleich auf der Tagesordnung zum drittenmal lediglich der Staatsrechnungsbuchschluß für 1935 stand.

In dieser Debatte schickte die SBP den Herrn Sander, der sich sofort auf das Kommuniqué der Regierung fürzte und das Ergebnis nach Noten herunterrief.

Es sei nicht um die Lösung der sudetendeutschen Frage, sondern um ein „sehr raffiniert aufgearbeitetes Mandat zur Torpedierung der erfolgreichen Politik der SBP“ gegangen.

Während noch in der Budgetdebatte Herr Dr. Roske den Ministerpräsidenten persönlich abtropferte, hatte er brauchte den Verwaltungsbehörden „Hureinen Wint“ zu geben und

alles werde in schönster Ordnung sein, setzte sich Sandner heute auf hohe Noth und erklärte, daß für die Verhandlungen über das sudetendeutsche Problem überhaupt nur dann einen Sinn hätten, „wenn ihnen die Anerkennung der Volksgruppen als Rechtspersonlichkeit“ — also offenbar die Autonomie — vorgebe. Einmal werde die „Vollpersönlichkeit des Sudetendeutschentums“ eine politische Realität sein. Den deutschen Regierungsparteien erklärte sich Sandner unter dem Beifall der SBP direkt „Vollsberrat“ vorzugeben, was ebenfalls noch sein Nachspiel haben dürfte.

Während der Rede Sandners und noch mehr während der folgenden Rede H. S. Franke kam es zwischen der SBP und tschechischen Nationalsozialisten wiederholt zu scharfen Zusammenstößen, namentlich als H. S. Franke sein unlangst von dem Abg. Dr. Neumann (Nat.-S.) heftig kritisierter Buch „Sudetendeutschtum in Kampf und Not“ verteidigte und Glendphotographien daraus herumzeigte. In dem Lärm ging die Stimme des Redners öfters unter. Der Kommunist Bauer hielt darauf den SBP-Leuten vor, daß sie das Elend in den deutschen Gebieten nur demagogisch auszunutzen trachten und rief ihnen schlichtlich: „Faschistenbande“ zu.

Das war für die SBP das ersehnte Stichwort: Der SBP-Abgeordnete Böslerte fürzte sich mit erhobener Faust a. Weuer, Agmann, Hohlube und andere assistierten ihm dabei und schleppten Weuer schließlich mit Gewalt aus dem Sitzungssaal in die Couloirs. Der Kommunist Appelt suchte seinen Klubkollegen zu schützen, wurde aber von einer zweiten Terror-

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Sudetendeutscher Wiederaufbau

Export erleichterungen für Glas- und Porzellanindustrie beschlossen

Benige Lage, nachdem zwischen den deutschen Aktivisten und der Regierung Grundzüge vereinbart worden sind, nach welchen in den für die Sudetendeutschen bedeutsamen sozialen und kulturellen Fragen vorgegangen werden soll, ist der Ministerrat in einer Angelegenheit zur Beschlusfassung gelangt, welche die Lage der deutschen Arbeiter in einer Reihe von Glend- und Notgebieten in West- und Nordböhmen erleichtern soll. Es handelt sich um die Exporterleichterungen für die notleidenden Industrien, welche in dem Memorandum, das die Spitzenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung am 13. November 1936 dem Ministerpräsidenten übergeben haben, gefordert wurden.

Schon vor einem Jahre hat man die Notwendigkeit, einigen von der Krise besonders betroffenen Industriezweigen durch besondere Maßnahmen zu helfen, eingesehen. Quert hat man an Exportprämien gedacht, d. h. einzelne Exportindustrien aus Staatsmitteln zu unterstützen. Dieser Plan wurde jedoch aufgegeben, weil die anderen Staaten dies als Dumping, als Schmutzkonkurrenz angesehen hätten und die Gefahr von handelspolitischen Retorsions- (Vergeltungs-) Maßnahmen bestand. Man hat daher einen anderen Weg gewählt, um den notleidenden Exportindustrien zu helfen, nämlich den der Refundierung (Rückvergütung) einzelner Handelssteuern, in erster Linie der Umsatzsteuer. Dadurch werden jene Industrien, welche in den Genuss der Steuerzurückvergütung kommen, wettbewerbsfähig gemacht gegenüber jenen Staaten, die wertartige Handelssteuern nicht kennen, unsere Industrien können auf dem Weltmarkt ihre Waren billiger anbieten, ihre Ausfuhr erhöhen, ihre Betriebe besser beschäftigen, mehr Arbeiter einstellen.

Die Vorteile der neuen Praxis kommen zunächst der Glas- und Porzellanindustrie zugute. Die Verhandlungen waren hier recht schwierig und es muß gesagt werden, daß am dem Gelingen des Planes der volkswirtschaftlichen Abteilung des Ministerratspräsidiums, die unter der Leitung des Herrn Reichleins Viteer man steht, ein bedeutendes Verdienst zufällt. Auch das Finanzministerium und sein Chef haben sich diesmal entgegenkommender gezeigt, für Doktor Kalus waren nicht nur fiskalische Rücksichten maßgebend, sondern er hat der Notlage der beiden Industrien Verständnis entgegengebracht und in der letzten Phase der Verhandlungen einer Erhöhung der Refundierung für die Glasindustrie zugestimmt.

Bei den Verhandlungen hat man auch — das wird die Deffektivität besonders interessieren — Vorzüge getroffen, daß die Erleichterung, die der Glasindustrie gewährt wird, nicht wettgemacht werde durch eine Preissteigerung der Rohstoffe für diese Industrie. Und diese Gefahr bestand von Seite ihrer Braunkohle- und Pottaschelieferanten. Das volkswirtschaftliche Departement des Ministerratspräsidiums hat mit den Grunderwerbenden und dem Pottaschefabrikanten vereinbart, daß es bei den bisherigen Preisen bleibt. Wäre das nicht geschehen, hätte die Glasindustrie höhere Preise gezahlt, der Industrie wäre nicht geholfen worden und der Staat hätte das Opfer vergebens gebracht.

Nicht beendet sind die Besprechungen mit der Textilindustrie, die sich in einer Lage befindet, welche eine gleiche Erleichterung zur Notwendigkeit macht. Die Schwierigkeiten in der Textilindustrie haben ihren Grund darin, daß die Verhältnisse unter den Unternehmern zerfahren sind, während die Glasindustrie über eine straffe Organisation verfügt. Die Verteilung der gewährten Vorteile auf die einzelnen Unternehmungen ist nämlich Sache der Industrieorganisation selbst. (Allerdings unter Kontrolle des Finanzministeriums.) Es wird aber auch diese Schwierigkeit überwunden werden und man kann erwarten, daß die Verhandlungen auch mit der Textilindustrie zu einem positiven Ergebnis führen, also die Unternehmer und Arbeiter dieses Zweiges gewerblicher Erzeugung der Vorteile der Exporterleichterung teilhaftig werden, was insbesondere für Nord- und Ostböhmen, für Nordmähren und Schiesien von Bedeutung sein und auch dort zu einer Besserung der Lage der arbeitenden Klasse beitragen wird.

Die getroffenen Maßnahmen hätten schon früher in Kraft treten können, wenn nicht vor

einigen Wochen eine Gruppe von Industriellen gekommen wäre, welche auch für sich ähnliche Vorzüge beanspruchte, ohne daß sie es nötig hätte: die Zuckerbarone. Wenn den Herren nicht der entsprechende Widerstand entgegengekehrt worden wäre, hätten sie durch ihre freie Forderung die Exporthilfe für die notleidenden Industrien torpediert. Dabei genießt die Zuckerindustrie eine Exporthilfe wie keine andere Industrie, denn während man den Zucker ins Ausland für etwa 70 Kc pro Meterzentner verkauft, muß der inländische Konsum im Großhandel 555 Kc bezahlen. Da der Staat davon an Steuern Kc 199.— bekommt (184 Kc Zuckersteuer und 25 Kc Umsatzsteuer), bleiben der Zuckerindustrie noch immer 356 Kc pro Meterzentner, also um etwa 286 Kc mehr als sie für den Zucker im Ausland erhält. Die Unvergleichlichkeit, noch mehr zu verlangen, anstatt den Zuckerpreis herabzusetzen, fand aber diesmal die entsprechende Würdigung und die Herren Mandell, Hartmann und Stoupal mußten mit langer Nase abziehen.

Nun gilt es die Möglichkeit, die sich für die bisher notleidenden Industrien ergibt, auszunützen. Das ist Sache des Staates und der Unternehmer. Die Regierung muß versuchen, die Kontingente, welche für die Einfuhr in jene Staaten bestehen, wo noch die Freiheit des Handelsverkehrs nicht hergestellt ist, zu erhöhen, die Unternehmer müssen trachten, den Export in die Staaten freien Handels zu steigern und neue Absatzgebiete zu erobern.

So ist durch die Steuererfindung für die beiden Industrien wieder positive Arbeit geleistet, an der die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften einen bedeutenden Anteil haben. Die Subindustriellen können wieder einmal ermessen, daß hier für den Wiederaufbau ihres Lebensraumes gearbeitet wird und daß die Sozialdemokratie bestrebt ist, die Vereinbarungen vom 18. Februar in die Tat umzusetzen.

Senator Bock wegen öffentlicher Gewalttätigkeit ausgeliefert

Donnerstag mittags erledigte der Senat in einer kurzen Sitzung einige zweite Lesungen und zwei Immunitäten. Im ersten Fall wurde Senator Bock wegen Verleumdung ausgeliefert, weil er im „Stovak“ einen Stabskapitän der Gendarmerie der „politischen Vereinigungen“ bezichtigt hatte. Im zweiten Falle wurde der SdP-Senator Bock über Ansuchen des Kreisgerichtes in Prag wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit und Uebertretung des Terrorgesetzes ausgeliefert.

Bei einer öffentlichen Versammlung der Kommunistischen Partei in Prag war es am 28. März 1936, zu Gewalttätigkeiten zwischen Kommunisten und Angehörigen der SdP gekommen, wobei Bock eine führende Rolle gespielt haben soll. Der Ausschusspräsident begründete die beantragte Auslieferung damit, daß der Immunitätsausdruck kein Gerichtstribunal sei und auch nicht die Möglichkeit habe, die Wahrheit oder Unwahrheit der in dem Strafamt enthaltenen Zeugenaussagen zu überprüfen. Man müsse dem Gericht die Entscheidung überlassen, ob Bock schuldig sei.

Die Auslieferung wurde ohne Debatte angenommen. Dann wurde noch beschlossen, das Abgeordnetenhaus für die Verabschiedung des Eisenbahngesetzes um eine dreimonatige Fristsetzung zu ersuchen. — Nächste Sitzung Dienstag, den 2. März, um 16 Uhr.

Neue Bestimmungen über Waffen und Munition

Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Gesetzes über Waffen und Munition vorgelegt, durch den die bisherigen zum Teile veralteten Vorschriften vereinheitlicht und geregelt werden.

Der Gesetzentwurf unterscheidet zwischen „besonders gefährlichen“ und den übrigen Waffen und der dazugehörigen Munition. Die Regelung betrifft insbesondere die gefährlichen Waffen, unter die der Gesetzentwurf die Militärwaffen (einschließlich der chemischen Kampfstoffe) weiters heimliche Waffen und Explosiv-Apparate zählt, und ist wesentlich strenger, als die Regelung der übrigen Waffen. Ebenso enthält es sich bei der besonders gefährlichen Munition, zu der insbesondere die militärische Munition gerechnet wird, Pistolen und Revolver unter 18 Zentimeter, die bisher nach dem Waffenpatent unter die „besonderen“ Waffen gehörten, fallen nicht unter den Begriff der besonders gefährlichen Waffen.

Der Entwurf schreibt die Bewilligung für den Verkauf besonders gefährlicher Waffen und Munition für die Vorkauf einer besonderen amtlichen Bewilligung ein. Was die Strafverfolgung der Vergehen anlangt, erhöht der Gesetzentwurf die bisherigen Straffunktionen.

Die SdP-Tumulte im Parlament

(Fortsetzung von Seite 1.)

Gruppe der SdP (Korrek, Mah, Böhm etc.) ebenfalls hinausgedrängt.

Draußen ging erst recht ein Kravall los, daß von weither alles zusammengekommen kam. Feuer wurde von den SdP-Leuten von hinten am Hals gepackt und gewürgt, dann stürzte sich Kormanan von vorn auf ihn und packte ihn an der Nase, worauf Feuer in der Wöche ihm den Kopf zerschlug.

In der Tür zum Sitzungssaal sprang Kormanan und bewirkte ihn ebenfalls in eine Walzer. Vermittlungsversuche einzelner Abgeordneter blieben lange Zeit erfolglos. Den tschechischen Abgeordneten, die erregt diese unglaublichen Szenen verfolgten, suchten die SdP-Leute noch einzureden, daß das nur eine „natürliche Reaktion“ auf die — Provokationen der Kommunisten sei, die sie immerwährend als Faschisten beschimpften.

Nur nach diesen einzig dastehenden Vorfällen schloß der Vorsitzende die Sitzung. In den Couloirs bildeten sich neuerdings Gruppen in denen erregt debattiert wurde. Mit ihren Beschönigungsversuchen hatten die SdP-Leute bei den tschechischen Abgeordneten nicht viel Glück. Sie mußten im Gegenteil die schmerzhaften Worte einstecken. Nur der ungarische Graf Esterházy warf sich zum ex-offio-Verteidiger der nazifisierenden Molodys auf.

SdP gegen Rekrutenkontingent

Zu Beginn der Sitzung wurde in beiden Lesungen die Vorlage angenommen, durch welche die obere Grenze des alljährlichen Rekrutenkontingents, die bisher 70.000 bis höchstens 75.000 Mann betrug, aufgehoben wird.

Der Sekretär Kormanan bezeichnete die Vorlage mit Rücksicht auf die außerordentlichen Aufgaben, welche in letzter Zeit an unsere Wehrmacht gestellt werden, als unbedenklich und wendbar. Wegen die Vorlage sprach der Anführer der SdP, der behauptete, daß das Parlament der Regierung damit eine direkte politische Macht in die Hand gebe, und Kormanan auf Grund der ablehnenden Haltung der SdP

mit rein juristischen Argumenten und vor allem mit der prinzipiellen Gegnerschaft der SdP „gegen alle Ermächtigungen“ begründete.

Die Kommunisten ließen sich zunächst noch einen Ausweg offen, indem sie sich für die Erhöhung des Kontingents, aber gegen die Ermächtigung an die Regierung wandten. Vor der Abstimmung gab jedoch Kormanan die Erklärung ab, daß ein Klub trotz allen formalen Bedenken einmütig für die Vorlage stimmen werde; man solle diese Abstimmung als Manifestation gegen den Faschismus werten.

Die SdP hatte eine Reihe formaler Rückverwehungsanträge eingebracht, die abgelehnt wurden. Bei der Abstimmung stimmten nur die SdP-Abgeordneten gegen die Vorlage, während alle anderen Anwesenden einschließlich der Kommunisten für die Vorlage votierten, was auf den tschechischen Banken mit starkem Beifall aufgenommen wurde.

„Wir sind nicht allein!“ Ansprache des Präsidenten an die Vertreter der Armee

Prag. Der Präsident der Republik lud für Donnerstag die Vertreter der Armee aus vielen Garnisonen der Republik mit dem Minister für Nationalverteidigung an der Spitze zu einem Abendessen auf die Burg. Es waren auch Offiziere in der Reserve, Rittmeister, Unteroffiziere und Soldaten aller Nationalitäten vertreten.

Der Präsident hielt dabei eine Ansprache, worin er u. a. erklärte:

Wir kennen alle europäischen Gefahren und wissen ihnen fest ins Auge zu sehen, wir unterliegen aber weder der Angst, noch einer Panik und werden ihnen auch nicht unterliegen. Wir verlassen uns auf uns, doch wissen wir auch, daß wir die Sache des Friedens nicht allein verteidigen. Wir bewahren Ruhe, Würde und Festigkeit, guten Willen gegenüber allen, namentlich auch gegenüber den Nachbarn, streben nach Gerechtigkeit und Einvernehmen auch mit ihnen und hegen auch Vertrauen in ihren guten Willen. Ich glaube nicht an einen baldigen Krieg und bin der Ansicht, daß die Kundgebungen, die einzelne politische Faktoren in der letzten Zeit in England, Frankreich und in Deutschland gegen den Krieg gehalten haben, auf richtig sind.

Die verkrachten Restgüter sollen parzelliert werden

Im Landwirtschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde am Donnerstag die Debatte über das letzte Exposé des Ministers nach vier Rednern abgemacht.

Wabel (Nat. Soz.) ist der Auffassung, daß trotz allen Anstrengungen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung noch etwa 250.000 Arbeiter dauernd ohne Arbeit bleiben werden. Man werde deshalb aus dem landwirtschaftlichen Boden der Staatsgüter weitere Zuteilungen an Kleinlandwirte vornehmen und die Bodenreformfrage überaus sorgfältig weiter zur Anwendung bringen müssen. Das Landwirtschaftsministerium müßte vor allem jene Restgüter wieder übernehmen, deren Besitzer finanziell verkrachtet sind und sie zu unannehmbaren Preisen unter kleine Landwirte aufteilen. Auf diese Weise müsse verhindert werden, daß der Boden den Gegenstand kapitalistischer Spekulationen bildet.

Knotel (Tsch. Volksp.) griff die Getreidegesellschaft scharf an, forderte eine ordentliche Kontrolle der Bebarung dieser Gesellschaft und bestand darauf, daß die berechtigten Beschwerden der kleinen Wälder ordentlich unterrichtet und lösliche geschaffen werde. Mit der Befestigung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden die Schwierigkeiten des Monopols nur noch wachsen. Daraus gehe hervor, daß ein Viehmönopol undurchführbar sei, auch in der Form, die Minister Kadina vorbrachte, daß nämlich nur der Viehkauftrieb auf den Märkten der größeren Städte reguliert werden soll. Daraus würden sich große Preisdifferenzen ergeben, denn wenn man das Viehangebot auf den häßlichen Märkten herabsetzen wollte, dann würde das Angebot eben auf den freien Märkten steigen und hier die Preise drücken. Daher sind auch die Fleischbauer gegen jede solche Regulierung. Uebrigens müsse schon einmal festgestellt werden, wer die Planwirtschaft durchführen soll, ob der Bauer oder derjenige, der mit seinen Produkten Handel treibt.

Ritich (SdP) verlangt eine generelle Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Schulden durch Herabsetzung dieser Schulden auf ein erträgliches Maß. Eine in dividuelle Regelung wäre immer mit der Gefahr von Ungerechtigkeiten verbunden.

Abgabe zum Schutz gegen Fliegerangriffe

Im Abgeordnetenhaus wurde eine Novelle zum Gesetz 82/35 über den Schutz und die Verteidigung gegen Fliegerangriffe vorgelegt, welche bezweckt, die den Gemeinden daraus entstehenden Kosten in Form einer Abgabe auf die Gemeindeeinkünfte zu verteilen. Als Maßstab soll der Mietzins, bzw. der Mietwert genommen werden. Die näheren Durchführungsbestimmungen bleiben einer Regierungsverordnung überlassen. Durch die Novelle wird bestimmt:

Behufs Bedeckung der Kosten, die der Gemeinde durch die Durchführung dieses Gesetzes erwachsen, ist die Gemeinde zur Einhebung einer Abgabe berechtigt, über die durch Regierungsverordnung die näheren Vorschriften erlassen werden (Abgabe zum Schutz gegen Fliegerangriffe). Wird diese Abgabe auf Grund des Mietzinses oder Mietwertes oder nach der Zahl und dem Zweck der benötigten Räumlichkeiten eingehoben, so kann die Regierung für eine solche Abgabe durch Verordnung die Gültigkeit der Bestimmungen nach den Bauvorschriften von der Mietzinsabgabe oder der Abgabe von benötigten Räumlichkeiten oder von anderen Abgaben ausschließen oder einschränken, die auf Grund des Mietzinses (Mietwertes) eingehoben werden; hierbei dürfen die auf Grund dieser Gesetze befreiten Objekte durch die Bedeutung der im ersten Satze angeführten Kosten nicht mehr belastet werden als die übrigen Objekte. Die Regierung kann durch Verordnung zweckmäßige Befreiungen von der Abgabe zum Schutz gegen Fliegerangriffe aus besonders bedeutungsvollen Gründen, namentlich im Interesse der Wohnungsfürsorge für arme Personen festsetzen. Zur Erhebung öffentlicher Deduktionen können die Gemeinden und Spandienste oder Dienste mit Motorfahrzeugen auf Grund der allgemeinen Vorschriften anfordern.

Der Freund

ROMAN VON GREGOR JARCHO

Darauf hat mein Vater nur — scheinbar recht heiter — gelacht, so daß ich aus dem Zimmer hinauflief. Heute weiß ich, daß ich ihm mit meinen Worten bitter weh getan habe. Denn er dachte gar nicht mehr an Rechte und Pflichten. Was ihn gelenkt hatte war — Liebe, und nichts als Liebe hatte er in mir zu erwecken versucht.

Freilich war sein Vorgehen nicht immer richtig gewesen. Er hätte dies und das vielleicht anders anfallen sollen, er hätte berücksichtigen müssen, daß Kinder schärfer sehen als Erwachsene. Er hätte sich manchen falschen — aus erzieherischen Gründen für richtig gehaltenen — Ton ersparen können, da die kleinen Unaufrichtigkeiten mich nicht mehr als ein bestimmtes Quantum täglich belam. Und es geschah sehr, sehr selten, daß ich mehr, als seitgelesen war, verbrauchte — die Großzügigkeit meines Vaters, und das, was ich als Vertrauen von seiner Seite auffasste, zwangen mich, hart gegen mich selbst zu sein. (Es ist ja meist nichts als gegenseitiges Vertrauen, was den Generationen in ihren Beziehungen zueinander fest.) Jemandwie ahnte ich schon damals, daß die hohe Einschätzung des Vorgehens meines Vaters, die mir mein Herz diktierte, richtig war — und wäre er nicht mein Vater gewesen zu einer Zeit, da Vater im allgemeinen anders waren als er — er wäre sehr viel früher mein Freund geworden. Aber schon der Umgang mit den sich stets in Abwehr befindenden Söhnen anderer Väter brachte es mit sich, daß ich im Vater in erster Linie den „Vedröder“ spürte. —

Ich erzähle das alles, nur um zu zeigen, wie ich damals meinen Vater sah, damit auch der Leser zunächst das selbe Bild vor den Augen hat. Ich fasse noch einmal kurz zusammen:

Gewiß nicht leichtwiegendes Menschentum von hohem Idealismus, eingezwängt in Hergebrachtes, das indessen nicht starr war, sondern dehnbar, wie die Höflichkeit selbst. Ein über gewisse Grenzen hinausgehender Liberalismus, der gerade weil er dort Halt machte, wo wir Jungen erst eigentlich anfangen, uns nur Heuchelei schien. Ein Republikanertum, das auch zu Kompromissen bereit war und jederzeit verpuffen konnte. Kurz — ein typischer, etwas selbstgefälliger, knochenloser Intelligenzler jener nachrevolutionären Zeit, die wie schwere Schwüle vor einem Sturm über dem ganzen Lande lastete. So sah ich ihn und so haßte ich ihn, weil ich ihn mit dem Herzen lieben mußte und mit dem Hirn verachten wollte.

Diesem Vater sollte ich nun sagen, daß ich in so dumme Weise den neuen Direktor belogen hatte. — — —

Ich erzähle das alles, nur um zu zeigen, wie ich damals meinen Vater sah, damit auch der Leser zunächst das selbe Bild vor den Augen hat. Ich fasse noch einmal kurz zusammen:

Gewiß nicht leichtwiegendes Menschentum von hohem Idealismus, eingezwängt in Hergebrachtes, das indessen nicht starr war, sondern dehnbar, wie die Höflichkeit selbst. Ein über gewisse Grenzen hinausgehender Liberalismus, der gerade weil er dort Halt machte, wo wir Jungen erst eigentlich anfangen, uns nur Heuchelei schien. Ein Republikanertum, das auch zu Kompromissen bereit war und jederzeit verpuffen konnte. Kurz — ein typischer, etwas selbstgefälliger, knochenloser Intelligenzler jener nachrevolutionären Zeit, die wie schwere Schwüle vor einem Sturm über dem ganzen Lande lastete. So sah ich ihn und so haßte ich ihn, weil ich ihn mit dem Herzen lieben mußte und mit dem Hirn verachten wollte.

Diesem Vater sollte ich nun sagen, daß ich in so dumme Weise den neuen Direktor belogen hatte. — — —

Und ich wurde bestraft. Sah einen ganzen Nachmittag allein in der leeren Klasse und hatte noch die Freude, von dem Inspektor zu hören, daß ich ein „fauberer Held“ wäre. Daß aber auch der Inspektor mir wehe getan hatte, verschönte mich völlig mit meiner Niederlage vor mir selbst und gab mir wieder Mut zu einem wirklich empfundenen Recht auf Opposition. Damit war ich von neuem auf eine Höhe gehoben, die mir erstrebenswert schien.

„Auf meinen Vater hatte dieser Vorfall ganz eigenartig gewirkt.“

„Du scheinst doch Blige zu besitzen, die mir völlig unbekannt und nicht gerade angenehm sind“, sagte er zu mir, als ich abends nach dem „abgelesenen“ Nachmittag heimkam.

Statt mich zu schämen, frohlockte ich. „Ich habe ja immer schon behauptet, daß du mich nicht kennst, Papa“, erwiderte ich fast stolz. „Deshalb verstehst du mich auch nicht!“

„Du beliestst Wiße zu machen. Ich hätte gern gelacht.“

„Mittel!“ Meine Ohren glühten auf einmal, wie wenn Vaters Worte einen Herzstrom eingeschaltet hätten.

„Nun geht es aber selber um meinen Sohn“, fügte er hinzu. „Es wäre mir sehr lieb, wenn du es nicht vergessen wollest.“

„Siehst du! Es handelt sich für dich um deinen Sohn, nicht um mich. Ich bin aber vor allen Dingen ich und erst dann, sehr viel weiter dann, dein Sohn.“

„Schön. Ich habe auch einmal so überflügelt gedacht.“

„Sag doch etlich, geradeaus: dumm! Wozu...“

Dier unterbrach mich Mutter.

„Was ist das für ein Ton! Was erlaubst du ihm alles! Ich verstehe das nicht!“

(Fortsetzung folgt)

Zufälliges Senatsvotum gegen Blum

Paris. Im französischen Senat geriet die Regierung unverhofft bei der Verlängerung einer Vollmacht an die Regierung zur Änderung des Zolltarifes in die Minderheit, obwohl der Senat vorher in der Debatte die verschiedenen Artikel des Entwurfes im ganzen ohne Opposition gebilligt hatte.

Da die Regierung nicht die Vertrauensfrage gestellt hatte und auch die Abstimmung nur durch Handheben erfolgte und das genaue Stimmverhältnis nicht festgestellt wurde, wird diese Abstimmung voraussichtlich keine politischen Konsequenzen haben.

England steht zu Prag

Im englischen Oberhaus kritisierte am Mittwoch der konservative Lord Arnold die britische Außenpolitik. Man solle der Tschechoslowakei beifällig machen, so führte er u. a. aus, daß sie im Falle eines Angriffs auf sie mit der Hilfe Englands nicht zu rechnen habe.

Der Unterstaatssekretär Plymouth antwortete scharf und deutlich:

Die Außenpolitik der englischen Regierung sei sicherlich besser geeignet, dem Frieden und der internationalen Sicherheit zu dienen als die Vorschläge Lord Arnolds. England könne sich, auch wenn es dies wollte, nicht vom übrigen Europa isolieren. Die Zustimmung an England, sich vom Völkerverbund zurückzuziehen, würde das allgemeine Vertrauen in Europa erschüttern und dem guten Namen Englands schaden. Wenn England unglücklicherweise einen Krieg nicht verhindern würde können, müßte es zwischen dem Angreifer und seinem Opfer unterscheiden und dem Opfer müßte durch eine gemeinsame Aktion jede mögliche Hilfe gewährt werden.

Der Arbeiterparteiliche Stracholgi erklärte: „Die Tschechoslowakei ist berechtigt, mit uns zu rechnen, wenn sie das Opfer eines nichtprovokierten Angriffs werden sollte.“

Noch Immer Italiener nach Spanien?

Paris. „Petit Journal“ bringt folgende Nachricht aus London: Gewisse amtliche englische Stellen erhielten am Mittwoch die Nachricht, daß im Laufe des Donnerstag und Freitag der vergangenen Woche, d. i. am Vorabend des Inkrafttretens des Nichteinmischungsabkommens und des Freiwilligenverbotes, an verschiedenen Orten Spaniens ungefähr 10.000 italienische Soldaten ausgeschifft worden sind.

„Deutsche“ schreibt: Wenn keine Kontrolle der spanischen Fremdenlegion und der marokkanischen Abteilungen durchgeführt wird, wird der Zustrom von Freiwilligen nach Spanien nicht verhindert werden können. Die Italiener lassen ihre Abteilungen haufenweise in die Fremdenlegion antreten.

Erfolge an der Südfront

Valencia. An der Südfront im Abschnitt der Sierra Nevada bemächtigten sich die Regierungstruppen nach einer glänzenden Operation einiger Dörfer, die insgesamt ungefähr 10.000 Einwohner zählen. Diese Orte sind wichtige Stützpunkte für die künftigen Operationen, besitzen außerdem sehr fruchtbaren landwirtschaftlichen Boden und sind reich an Mineralien. Die Aufständischen haben auf dem Kampfplatz viele Tote, Deutsche und Italiener, zurückgelassen.

Ein Augenzeuge erzählt über die rührende Aufnahme, die die Bevölkerung den Regierungstruppen bereitet: Die Frauen weinten aus Freude und die Kinder umarmten die Milizionäre. In allen neueroberten Dörfern herrscht unermessliche Freude.

Italienische Sender für Franco

Barcelona. Vor einigen Tagen hat die Rundfunkstation der Aufständischen unter der Bezeichnung „Radio Veritas“ die faschistische Propaganda in katalanischer Sprache aufgenommen. Die Ausstrahlung erfolgte auf Wellen verschiedener Länge. Das hiesige Propaganda-Kommissariat teilt der Presse mit, daß es sich um keine neue Station der Aufständischen handelt, sondern um vier amtliche italienische Sendestationen, und zwar Rom, Mailand Genua und Florenz, die gleichzeitig arbeiten.

Die nationalen Vereinbarungen

Noch eine französische Stimme

Raymond Henry befaßt sich im Pariser „Figaro“ mit den Beschlüssen der tschechoslowakischen Regierung in Angelegenheit der deutschen Winderheit und sagt: Das mindeste, was darüber zu sagen wäre, ist, daß der Standpunkt der Regierung ein Beweis des ungewissen guten Willens gegenüber Deutschland ist. Es ist aber zu bedauern, daß trotz der Konzeption an die deutsche Winderheit Berlin in seinem feindseligen Tone gegenüber der Tschechoslowakei nicht nachgelassen hat. Das Blatt fügt hinzu: Ein derartiges Verhalten Berlin ist charakteristisch. Wir haben den Eindruck, daß das Dritte Reich die Spannung in seinen Beziehungen zur Tschechoslowakei auch dann aufrechtzuerhalten will, wenn die Tschechoslowakei Beweise ihres guten Willens erbringt und Verständnis für die Zukunft zeigt.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Industrie-Abwanderung wegen der Umlagen-Höhe

Wir entnehmen dem DND folgende Bemerkung:

In den letzten Jahren kam es wiederholt vor, daß in deutschen Gemeinden ansässige Unternehmen ihren Sitz und ihre Betriebsstätten manchmal auch mit der Begründung nach Prag verlegten, daß sie dazu durch die außerordentlich hohe Umlagenhöhe zur allgemeinen und besonderen Erwerbsteuer in der betreffenden Gemeinde gezwungen wären. Die Stadt Prag hat nämlich bisher nur 100 Prozent Gemeindefürsorgezuschläge eingehoben und weil bei ihr die Bezirkszuschläge infolge ihres statistischen Charakters entfallen, so kann sich ein Betrieb, der jetzt unter Umständen für Gemeinde und Bezirk bis 600 Prozent Zuschläge zu bezahlen hätte, bis 400 Prozent an Zuschlägen von der Sitz- oder Betriebsstätte der fraglichen Steuer bei einer Ueberführung nach Prag ersparen. In letzter Zeit sind neuerlich Nachrichten über beabsichtigte Ueberführungen von Industriebetrieben nach Prag aufgetaucht. Dies führt nun dazu, daß die Frage kommenden deutschen Gemeinden gegen die Umlagenkonkurrenz Prags Schuß suchen.

Um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

Die Textilfirma D. Riegler in Brünn hatte bereits vor einiger Zeit um die Bewilligung der Betriebsbeistellung angefragt, da ihr von der böhmischen Eskomptbank und Kreditanstalt, zu der sie in Kreditverhältnis stand, große Schwierigkeiten bereitet worden waren. Dem Betriebsbeistellungsantrag wurde stattgegeben und die Firma hat daraufhin sämtliche Beamte entlassen. Auf Arbeiter wurden nach und nach entlassen. Die Interventionen bei der Bank fruchteten nichts und der Arbeitsplatz von 800 Menschen war verloren.

Am Donnerstag mittags beschlossen nun sowohl die Arbeiter als auch die Angehörigen, die sich bisher noch im Betrieb befinden, die Arbeit niederzulegen und den Betrieb nicht zu verlassen. Dies geschah auch. Die Arbeiter und Angestellten übernachteten in der Fabrik.

„Bonzen im Speck, Volk im Dreck“

Die Formel „Bonzen im Speck, Volk im Dreck“, die von der SdP für den Wahlkampf 1935 geprägt worden war und die Verhältnisse in der Heineipartei sehr sinnfällig umschreibt, ist nun zur Lösung der Opposition innerhalb der SdP im Kampfe gegen die Parteileitung geworden.

In Brünn kann man auf allen Straßen mächtige Plakate sehen, an deren Spitze jene Lösung steht und die zu einer Versammlung der SdP-Opposition aufrufen. In dieser Versammlung, die heute, Freitag, tagt, werden die aus der SdP ausgeschlossenen Arbeitervertreter Sprecher, die ihre Widerfacher zum Erscheinen aufgefordert haben.

In einem Flugblatt der Opposition wird der Parteileitung vorgeworfen, daß diese mit Unwahrheiten arbeite. Außerdem wird gefragt, ob die Parteileitung den Mut haben werde, in der Versammlung der Opposition all das unter Beweis zu stellen, was über die Opposition zusammengesetzt worden sei.

Nicht nur in Brünn, sondern auch in den übrigen Teilen des Landes sieht man dem Ausgang der heutigen Versammlung mit Interesse entgegen.

Arbeitsaufnahme in den Hammerwerken Türmitz

Die Hammerwerke Türmitz, deren Betrieb bekanntlich durch ein großes Schmelzfeuer im Dezember v. J. stillgelegt wurde, haben die Arbeit wieder im vollen Ausmaß aufgenommen. Die gesamte Belegschaft konnte wieder eingestellt werden. (DND)

Ein interessanter Fall

Wir lesen im Karlsbader „Volkswille“: Der SdP-Abgeordnete Georg Böhm ersuchte bei der städtischen Polizei in Grasslitz die Anzeige, daß ihm von verlässlichen Personen mitgeteilt worden sei, ein tschechischer Postangestellter hätte in einem Gasthause beleidigende Äußerungen über Masaryk und Beneš geäußert. Es ist zwar ein eigenartiger Weg, daß die betreffenden Personen zuerst dem Herrn Abgeordneten Mitteilung von ihrer Beobachtung machten und dieser dann erst die Anzeige erstattet; daß aber Herr Böhm die Anzeige machte, halten wir vollkommen in der Ordnung, er erfüllte damit nur seine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht. Zum Vergleich wollen wir aber doch daran erinnern, daß bisher z. B. das „Graslitzer Volksblatt“ immer direkt oder indirekt von „Denunziation“ gesprochen hat, wenn Leute ins Amt wanderten, weil sie sich ähnliches hatten auszusprechen kommen lassen. In Zukunft wird also hoffentlich auch das „Graslitzer Volksblatt“ nicht mehr daran auszuweichen haben, wenn eine strafbare Handlung oder Äußerung den zuständigen Behörden zur Kenntnis gebracht wird, weil ihm jetzt der Abgeordnete Böhm gezeigt hat, daß eben Recht und Gesetz geachtet werden müssen.

Jakš berichtet. In der Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei am Donnerstag, den 25. Februar, in Prag berichtete Abg. Jakš über die Eindrücke, die er bei seinem Aufenthalt in London und Paris empfangen hat. Einige Mitglieder des Parteivorstandes richteten an Jakš Anfragen, die er beantwortete, worauf der informative Bericht zur Kenntnis genommen wurde.

Deutsche Musikantprüfungen für den Privatunterricht finden ab 19. April im Gebäude der Deutschen Musikakademie, Prag II, Wablsfabova 23, statt. Anmeldeformulare gegen Voreinsendung von 21 Kč bei der Direktion erhältlich. Ende der Anmeldefrist: 1. April 1937.

Im Herbst allgemeine Gemeindevahlen?

Die „Prager Presse“ meldet: Nach Informationen aus Präsidialkreisen der tschechoslowakischen republikanischen Partei überwiegt in den Koalitionsparteien die Ansicht, daß die in diesem Jahre fälligen Gemeindevahlen für den Herbst ausgeschrieben werden sollen. Auch ist der allgemeine Wunsch vorhanden, die Wähler nicht in zwei oder sogar mehreren Etappen, sondern auf einmal durchzuführen. Begründet wird dieser Wunsch allgemein mit dem Hinweis darauf, daß die zur Verfügung stehende Zeit vor allem zur konstruktiven Arbeit im Interesse einer weiteren Erholung des Wirtschaftslebens und einer weiteren Konsolidierung der Verhältnisse auf den diversen Verwaltungsgebieten verwendet werden muß.

Der Präsident der Republik hat am 25. Februar 1937 den jugoslawischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Vasilj Protic empfangen. Weiters empfing der Präsident die Schriftstellerin Irene Harand aus Wien.

Die Regelung der Verhältnisse der Schulinspektoren wurde am Donnerstag auch vom sozialpolitischen und vom Budgetausschuß genehmigt, so daß der Verabschiedung der Vorlage im Plenum nichts mehr im Wege steht.

Der südmährische Kleinwinzer

Wenn in Gegenden, wo der Weinbau unbekannt ist, vom „Weinbauer“ die Rede ist, huscht gewöhnlich ein halb verständnisvolles, halb neidisches Lächeln über die Gesichter. Ja, der hat's gut, hört man sagen, der kann sich nach seiner Tagesmühe ein Glas guten Tropfens gönnen und seine Kinder können Trauben essen nach Herzenslust. Auch hat er das ganze Jahr über seine Freunde am Waschen und Gießen dieses edelsten unserer himmlischen Erzeugnisse und muß schließlich noch einen schönen Broden Geld einheimen für dieses, in den Gaststätten so teure Getränk.

So und ähnlich dürfte die Rede sein, obwohl die Wirklichkeit oft das Gegenteil bedeutet. — Der Anfang vom „Gretz“ des Kleinbauernwinzers ist schon der Mangel an Boden. Man lebt bekanntlich nicht vom Brot allein, um so weniger allein vom Wein. Da aber auch billige Weinnissernten — oft 4-5 Jahre aufeinanderfolgend — eintreten, der Weinbau außerdem nur in Verbindung mit Getreide und Viehwirtschaft rentabel ist (Dünger, Zugvieh usw.) muß der Kleinwinzer noch Boden für Getreide und Futter zupacken. Auch findet er bisweilen Verständnis für das Wort des Dichters: „Nur Selten wohnen auch in meiner Brust“, wenn endlich ein lang-ersehnter, richtig warmer „Schneereggen“ kommt. Es schiken die Getreidehalme in die Höhe, daß es eine Lust ist — aber: o weh!, die gefährliche Pe-

ronospora-Krankheit ist im Weingarten als Folge des feucht-warmen Wetters eingegriffen und die Weinlese ist für denjenigen Winger erspart, der nicht vorbeugend mit Kupferkalkbrühe spritzte. Im übrigen erfordert der Weinbau nicht nur schwerste körperliche Arbeit und Sachkenntnisse, sondern auch bedeutende Investitionen. Die teureren Unterlagereben zur Veredlung muß der „Kleine“ gewöhnlich kaufen, was schon ein schönes Stück Geld kostet. 3-4 Jahre liegt dann der Weingarten ohne jeden Ertrag, jedoch muß während dieser Jahre die Arbeit und die teure Schädlingsbekämpfung auf das peinlichste durchgeführt werden. Weinstöcken, Kupfersprizen, Pflaster, Düngemittel und Presse müssen nebst vielerlei sonstigen Werkzeugen angeschafft sein, bevor noch die erste Weinlese winkt. Ein bitteres Unrecht für die kleinen Weingartenbesitzer bedeutet auch das Gesetz über die zehnjährige Steuerfreiheit für neuangelegte, veredelte Weingärten, da er dieser Begünstigung nur in den wenigsten Fällen teilhaftig wird, weil sie nur für ein Mindestmaß von ein fünfzig Hektar gilt, während der „Kleine“ in der Regel nur eine oder mehrere Partzellen im geringeren Ausmaß besitzt. Ferner muß für jeden Liter geernteten Wein eine Steuer von Kč 1.00 entrichtet werden, ohne Rücksicht, ob dieser ganz verkauft oder zum Teil selbst getrunken wird. Selbstgeernteter Wein ist nur dann steuerfrei, wenn der Winger nicht mehr als 200 Liter geerntet hat.

Weg der Wein nun trotz aller Unbill im Keller so fängt erst das ärgste Uebel an. Da ist zuerst der Mangel an Räumern, wobei wieder der Kleine Weina-

Der Grippe-Rekonvaleszent

verspürt allgemeine Schwäche und Ermüdung. Die Muskeln sind schlaff, die Nerven abgspannt. Massieren Sie sich mit

ALPA

Franzbranntwein. Diese Massage erhöht den Blutkreislauf, stärkt die Muskeln, erfrischt die Nerven und hebt die Talkraft. Zerschlagen Sie Alpa in Wohn- und Gesellschaftsräumen! Hiedurch gründliche Luftdesinfektion.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Ras Desta gefangen und hingerichtet

Der letzte Widerstand gebrochen?

Rom. In einem Rapport des Vizewaldis Marschall Graziani an Mussolini heißt es, daß Ras Desta die Unterwerfungsverhandlungen dazu ausgenutzt habe, um seine noch verbliebenen Rebellen mit sich zu versammeln und dann nach Ablehnung weiterer Verhandlungen in das westafrikanische Seengebiet geflohen sei. Dort sei er Mittwoch mit den letzten Resten seiner Anhänger umzingelt und gefangengenommen worden. Bei der Aktion seien den italienischen Kolonnen vier Kanonen, 30 Maschinengewehre und über 5000 Gewehre in die Hände gefallen. Ras Desta sei sofort nach seiner Gefangennahme erschossen worden. Der Rapport betont abschließend, daß damit der letzte Rebellenführer bezwungen und damit auch der letzte Versuch eines bewaffneten Widerstandes zerbrochen worden sei. Nach Abschluß der militärischen Operationen seien alle Voraussetzungen für die friedliche Kolonisierung Äthiopiens gegeben.

Italien gegen Restauration?

Rom. Der diplomatische Redakteur der „Agenzia Stefani“ erzählt aus berufenen italienischen Kreisen über die Informationen, die in der letzten Zeit im Auslande über den italienischen Standpunkt zur Restauration der Habsburger in Oesterreich verbreitet wurden, daß man diese Frage als nicht aktuell und für die internationale Lage gefährlich ansehen müsse.

Degrelle verhaftet

Brüssel. Der Führer der Registen Degrelle wurde Donnerstag abends in einer großen Versammlung, in der der Ministerpräsident Van Zeeland sprach, verhaftet. Kaum hatte der Ministerpräsident das Wort ergriffen, als Degrelle ihn zu unterbrechen begann. Infolgedessen erhob sich im Saal ein großer Lärm. Die Polizei schritt ein und führte Degrelle auf das Kommissariat ab.

bauer am meisten betroffen ist, da er weder über gute Beziehungen verfügt, noch teure Klämme machen kann und die Weinböden ihren Bedarf am liebsten bei den Großzeugern deckt. Hier könnten die Arbeiterkonsumvereine und Pächter von Volksküchen einen dankenswerten Akt der Solidarität üben, wenn sie ihren Wein bei den kleinen Erzeugern — wo er in unerschöpflichem Zustande zu haben ist — einkaufen. Es ist ein wahrer Jammer, daß der südmährische Kleinbauern seinen Wein trotz des billigen Preises — so kostet zum Beispiel im Bezirk Auspitz naturgetreuer Weißwein 5 bis 6 Kč und ebensolcher Rotwein 3 bis 4 Kč einschließlich der Steuer — so schwer an den Mann bringt. Ein Großteil besonterer Art tritt ein, wenn dem kleinen Winger im Frühjahr oft sein Brotgetreide zu Ende geht. Er kann kein Brot kaufen, da der Wein unverkauft im Keller liegt; und seinen Hunger durch ein Glas eigenen Wein betäuben darf er nicht, da ihm auch das Geld für die vorerst zu bezahlende Weinsteuere fehlt.

Ja, wenn die beschäftigungslosen Menschen wieder vollen Verdienst hätten, dann wäre auch der Keller des Kleinwinzers bald leer und seine Kinder hätten wieder Brot. — Wohl ist der richtige „Gauer“ mit Leib und Seele bei seiner interessanten Tätigkeit und erstreckt sein Herz und Gemüt am Waschen und Gießen seiner mit so vielen Mühen und Sorgen umgebenen Kultur, doch diese Freude wird nur allzu oft getrübt durch die harten Bedingungen, unter denen er heute sein Leben fristen muß.

Carl Siefert.

Das Grab war vorbereitet...

Ein fehlgeschlagener Mordversuch — Ein Menschenleben für ein altes Auto

Prag. (r.b.) Der Prozess, mit dem sich am Donnerstag das Prager Schwurgericht unter Vorsitz des O.M. Dr. Marek über die Befassung hatte, eigentlich vor Kuttelnberger Geschworenen verhandelt werden sollen, doch wurde zur Verhandlung dieses Falles das Prager Geschworenengericht delegiert. Angeklagt waren der 31jährige Jaroslav Masin und seine 30-jährige Frau Anna Masin aus dem Dorf Malotice bei Koutlm, des nicht vollendeten mörderischen Raubmordes.

Der Angeklagte Jaroslav Masin genießt einen ziemlich guten Ruf. Er ist wegen Betruges und Diebstahls verurteilt und sein eigener Vater erklärt ihn für einen Menschen, der für Geld zu allem zu haben sei. Am Juni v. J. trat Masin mit einem in der Wirtschaft Sabava anstehenden russischen Emigranten Paul Sazonov in Verbindung wegen Ankaufs eines alten Lastautos, das dieser abzugeben hatte. Schließlich einigten sie sich auf einen Kaufpreis von 3000 Kč, wobei zu bemerken ist, daß Masin ganz unermögend ist. Masin erklärte, daß sein Schwager das Geld vorbringen werde, doch stellte sich im Laufe der Untersuchung heraus, daß dieser Schwager, ein gewisser Sotomann, ein ganz mittelloses Individuum ist, der mit 65 Kč Monatsrente eine fünfköpfige Familie zu erhalten hat und nach eigener Aussage auch nicht einen Heller herbeibringen könnte. Da nach erfolgtem Kaufabschluss Masin nur eine Abschichtung von 300 Kč erlegen konnte, übergab ihm Sazonov vorübergehend vorerst nur das Zertifikat und behielt das Auto in eigener Verwahrung bis zur Bezahlung des Kaufpreises.

Das ganze Verhalten Masins machte übrigens einen sehr sonderbaren Eindruck, so daß Sazonov Verdacht schöpfte, der sich verstärkte, als Masin ihn aufforderte, das Auto entweder in ganz frühen Morgen- oder ganz späten Abendstunden gegen Entrichtung des Kaufpreises zu übergeben, weil er, Masin, sonst nicht ankommen könne. Der Verdacht Sazonovs verstärkte sich soweit, daß er einen Bekannten bat, ihn bei der Abholung des Wagens zu begleiten, da Masin offenbar nicht etwa ein gewöhnliches Individuum sei. Schließlich stellte er sich aber doch, in der zehnten Abendstunde des 13. Juli, mit dem alten Wagen ohne Begleitung vor Masins Haus ein.

Er wurde von Masins Frau Anna empfangen, die ihm sagte, ihr Mann sei nicht zu Hause und ihn eifrig zum Eintritten in die Wohnstube aufforderte. Aus der Stube dirigierte sie ihn in eine anstehende kleine, durch ein winziges Fenster nur notdürftig erleuchtete Kammer, wo er einige Kleiderstücke besichtigen solle. Als er sich bückte, um diese Kleidungsstücke zu besichtigen, erhielt er von rückwärts einen schweren Schlag mit einem eisernen Gegenstand gegen den Hinterkopf. Als er sich umdrehte, stand der angeblich abwesende Masin hinter ihm und begann ihn mit weiteren Schlägen zu bearbeiten. Es entspann sich ein heftiger Kampf, an dem sich auch Anna Masin beteiligte, die gleich nach Eintritt Sazonovs die Ausgangstür verriegelt hatte. Beide Ehegatten versuchten Masin hinter sich einzuwickeln, um seine Gegenwehr zu erleichtern und seine Hilferufe zu ertönen. Trotzdem gelang es ihm, sich loszureißen, die Tür aufzusprengen und Hilfe herbeizurufen. Die Gendarmen wurde alarmiert und die beiden Angeklagten festgenommen. Es ergab sich, daß Sazonov zwei schwere Wunden mit einer Eisenstange erlitten hat, die ihm wohl das Leben gekostet hätten, wenn nicht seine Mähe und sein dichtes und langes Haar die Wucht der Schläge abgemildert hätten.

Die Verteidigung der Angeklagten bewegt sich dahin, daß es sich lediglich um eine harmlose Kaufsache handele, die sich angeblich infolge einer Meinungsverschiedenheit zwischen Sazonov und ihnen entsponnen habe. Dieser Darstellung stehen aber schwerwiegende Indizien gegenüber. Man fand eine gefälschte Unterschrift auf, durch welche Sazonov den Empfang des Kaufpreises bestätigt. (Später zeigte sich, daß Sazonov der Lateinschrift kaum mächtig ist und nur die „Abkürzung“ des russischen Alphabets, gut beherrscht.) Ferner wurde im Stall des Geschädigten eine 90 Zentimeter tiefe, 185 Zentimeter lange, frisch ausgegebene Grube entdeckt, die offenbar bestimmt war, die Leiche des zu Ermordenden aufzunehmen. Auf die kürzeste Formel gebracht, wäre also der Sachverhalt, wie ihn die Anklage darstellt, mit dem Satz zu charakterisieren: Ein Menschenleben für ein altes Lastauto.

Das Verteidigungssystem der Angeklagten ist einfach: Sie leugnen alles! Jaroslav Masin behauptet, das Auto sei von ihm tatsächlich bezahlt worden und beruft sich auf die unmögliche Quittung. Was die ominöse Grube betrifft, so erklärte er diese für einen augenlegenden Kuhlraum für Eier (im Stall). Seine Frau brachte noch eine andere Erklärung: Sie hätten in dem Stall Katzen ausgesetzt (!), die Photographie dieser Grube macht tatsächlich den Eindruck eines regelrechten Grabes.

Das Beweisverfahren, das sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte, befähigte durchaus die Ausführenden der Anklage. Die Schriftführerinnen

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Samstag.

Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Deutsche Sendung; für die Frau, 12.10: Schallplattenkonzert, 16.45: Theater für die Jugend, 17.55: „Orchestra im englischen Klub“, Hörspiel zu Büchlings 100, Todestag, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Deutsche Aktualitäten, 22.20: Tanzmusik. — Prag, Sender II: 14.10: Deutsche Sendung; Romantische Musik, 14.50: Deutsche Presse, 18.15: Liedmusik. — Brno: 12.35: Mittagskonzert, 17.40: Deutsche Sendung; „Aus Hause, bei Tante Misi“, lustiges Puppenspiel für Kinder. — Katschau: 12.05: Schallplattenkonzert, 19.55: Unterhaltungsmusik. — Währ.-Ostbau: 15: Unterhaltungsmusik und Gesang.

digen Redakteur Franz Flanckel und Prof. Louba befanden, daß die Quittung über den Kaufpreis keinesfalls von der Hand Sazonovs herkamme, daß aber der Autor dieser Handschrift nicht mit Sicherheit festzustellen sei.

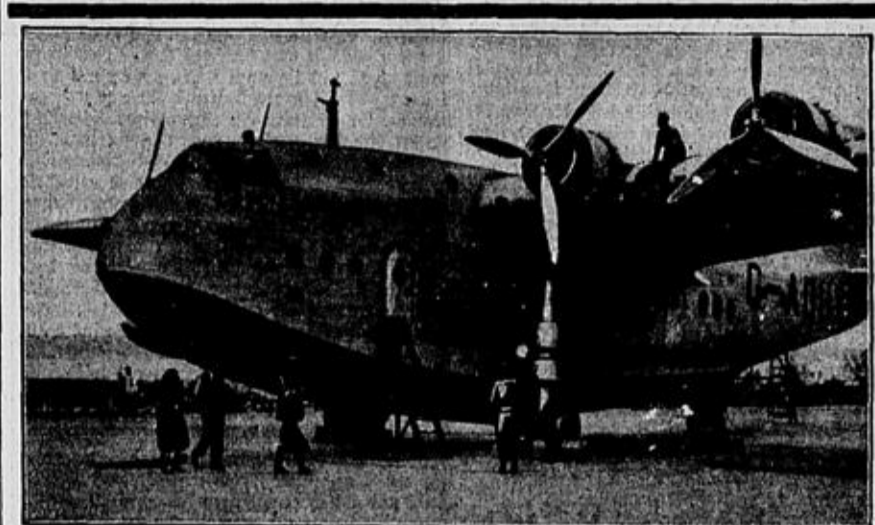
Nach zwölfstündiger Verhandlung zogen sich die Geschworenen zur Beratung über die Schuldfragen zurück. Durch den Wahrspruch wurde Jaroslav Masin einstimmig des nicht vollendeten Raubmordes schuldig erkannt, Anna Masin mit

neun Stimmen der Mitschuld an diesem Verbrechen. Jaroslav Masin wurde außerdem des Verbrechens des Betruges durch Fälschung einer Privaturskunde schuldig erkannt.

Gegen halb 10 Uhr abends verkündete der Vorsitzende O.M. Dr. Marek das Urteil, durch welches

Jaroslav Masin zu zwölf Jahren, Anna Masin zu vier Jahren schweren Kerkers

verurteilt wurde. Beide brachen in Tränen aus. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärten sie, sich die dreitägige Bedenkzeit vorzubehalten.



Das neueste Flugboot des englischen Luftverkehrs

Nach erfolgreichen Probeflügen wurde jetzt das neueste Flugboot der englischen Zivilluftfahrt „Capella“ in Dienst gestellt. Hier ist das Flugzeug an Land gezogen, und man erkennt deutlich die riesigen Ausmaße.

Tagesneuigkeiten

Diktatur und Brot

Täglich kann man von den reichsdeutschen Sendern die Mahnung hören, mit dem Brot hausälterlich umzugehen. Die Brotverknappung, die sich nun dem fühlbaren Mangel an anderen Lebensmitteln gesellt, ist eines der vielen schlimmen Ergebnisse der Diktatur. — Ueber die Situation auf dem Lebensmittelmarkt unterrichtet die folgende aus Rheinland-Westfalen stammende Darstellung, die in den ausgedruckten Sovade-Berichten enthalten ist:

Brotgetreide ist sehr knapp. Die neue Ausmahlung allein beweist das schon. Die Mühlen sind nicht in der Lage, den Anforderungen gerecht zu werden. Gewiß gibt es noch immer Brot. Aber es mehren sich die Sorgen der Getreidefachleute, daß im Frühjahr die Knappheit so groß werden würde, daß man ohne Nationalisierung nicht auskommen werde. Diese Besorgnisse werden durch die Anordnung verstärkt, daß alles verfügbare Getreide bis 28. Februar abgeliefert sein muß. Die Viehzüchter klagen über Mangel an ölhaltigen Futtermitteln. Es fehlen Delikatessen für die Milchwirtschaft, ferner fehlt es an Viertreibern und Malzkeimen. Futterzucker wollen die Viehzüchter nicht. Schließlich fehlen neuerdings auch Futterartoffeln. Man nimmt an, daß diese zurückgehalten werden, weil man vermutet, daß im Frühjahr die Speisefartoffeln sehr knapp und dadurch stark gefragt werden.

Die Bevölkerung wird ständig durch sogenannte Aufklärungsartikel zur Kleintierzucht angeregt. Ziegen, Kaninchen sollen gezüchtet werden. Immer wieder wird dabei auf die Kriegszeit verwiesen. Der Krieg sei nicht zuletzt verloren gegangen, weil man nicht rechtzeitig alle wirtschaftlichen Mittel in Anwendung gebracht habe. Tatsächlich sei es gar nicht der Mangel an Nahrungsmitteln gewesen, der den Krieg verlorengehen ließ, es sei nur die mangelnde sittliche Haltung des deutschen Volkes gewesen, das nicht rechtzeitig auf alle diese Dinge aufmerksam gemacht worden sei, das zu wenig zur Selbsthilfe geschult worden sei, das seine Kleintierzucht vernachlässigt habe, das viele Lebensmittel und viele Futtermittel habe ungenutzt lassen. Es sei jetzt noch Zeit, das Volk in einem Sinne zu erziehen, der es ermöglichte, in kommenden großen Prüfungen durchzuhalten. Kein Kartenstempel könne ersetzen, was Unverständnis schlecht mache. So wird das Volk ganz unbehindert auf den Krieg vorbereitet.

Zur Betriebsaufnahme auf dem Flugplatz von Flughafen. Infolge der heuer verzeichneten abnormalen Feuchtigkeit, die mit einer Durchfrönerung des Bodens in die Tiefe verbunden ist, sind die Oberflächenschichten der Fläche des Flughafenfeldes bei dem eingeleiteten Tauwetter mehr durchgefroren worden als unter normalen Verhältnissen. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, noch für kurze Zeit den Betrieb auf dem Obeller Flugplatz zu be-

lassen, wo zwar die Bodenverhältnisse ähnlich liegen, wo jedoch die ausländischen Flieger bereits jene Stellen genau kennen, die fest und zur gefahrlosen Landung geeignet sind. Darauf wurde bereits früher durch Sicherung des Obeller Flugplatzes bis Ende April für die Landung von Verkehrsflugzeugen Bedacht genommen. Die Uebertragung des gesamten Betriebes ist demnach eine Frage von ganz kurzer Zeit. Dabei wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß ähnliche Schwierigkeiten im Flugwesen auf der ganzen Welt vorkommen und daß man bei ungewöhnlichen Witterungsverhältnissen auch mit einer vorübergehenden Schließung der Flughäfen im Auslande rechnen.

Der Storch auf der Polizeiwachstube. In Prag-Kuffe wurde eine Frau auf der Straße von Geburtswunden befallen. Es blieb nichts übrig, als sie auf das Polizeikommissariat zu bringen, wo sie nach der Einlieferung der Rettungssituation einen Rungen auf die Welt brachte. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine gewisse Agnes L. handelte, die mit ihrem Lebensgefährten in einer Kolonie in Mähle haust. Beide sind ganz arme Leute, die sich durch Gelegenheitsarbeiten schwer durchs Leben schlagen und den allerbesten Ruf genießen. Agnes L. hatte ihren, an Lungenerkrankung darniederliegenden Gefährten mit solcher Aufopferung gepflegt, daß sie sich erst im letzten Moment vor ihrer Niederkunft auf den Weg zur Gebärstalt machte. Untervwegs kam ihre schwere Stunde über sie. Die Polizisten, deren Dienstlokal solcher Art zur Wochenstube wurde, veranfaßten unter sich eine Sammlung für den neuen Weltbürger, die 280 Kč einbrachte. Der Betrag wurde auf ein Sparbuch eingeleitet, das auf 20 Jahre vinfallert ist, nach welcher Zeit das Vatengeld der Kaiser Polizeimannschaft mit Rins und Rinsessins dem jungen Mann zur Verfügung stehen wird.

Kurz nach der Haftentlassung aus der Straf-anstalt Bory wurde in der Nacht auf gestern der 57jährige Berufsverbrecher Karel Kleiner von der Polizeitruppe in der Kaiser Laborsta Kida in Prag festgenommen, als er versuchte, die Aus-lageheide der Schneiderin Danel zu erbrechen. Karl Kleiner ist diese Mase vorbehaftet. Sein erstes und schwerwiegendstes kriminelles Verbrechen datiert genau dreißig Jahre zurück, als er bei einem Einbruch auf die verfolgenden Polizisten schoß und den Wachmann Bartos tötete. — In der gleichen Nacht versuchte ein unbekannter Einbrecher die Auslage des Juweliers J. Mojzis aufzusprengen, in welcher Richtung im Verkaufspreis von 70.000 Kč lagen. Der Einbrecher wurde aber rechtzeitig verschleudert und konnte entkommen.

Bei einem Übungsflug ist ein Kampfflugzeug über dem römischen Militärflugfeld von Campino abgestürzt. Beide Insassen fanden den Tod.

Große Ueberschwemmungen infolge der anhaltenden Regenfälle und der Schneeschmelze werden aus Oberösterreich gemeldet. Das Gemeindegeld der Ortshaft Leonding bei Linz ist in einen See verwandelt. Ebenso stehen mehrere Ortschaften bei Wels unter Wasser. Am Mittwoch erfolgte bei Alkoben an der Bundesstraße nach Passau ein schwerer Dammbruch, wodurch zwei Straßen überflutet wurden. Auch aus dem Mühlstale treffen Meldungen über Hochwasser ein. — Wie dem Bericht der Rhein-Flombauverwaltung zu entnehmen ist, wird das Hoch-

wasser des Rheins keinen gefährlichen Umfang annehmen, wenn auch der Fluß freckenweise bereits sein Bett verlassen hat und in manchen Uferstadien Straßenzüge überschwemmt und Häuser zerstört umspült.

Die Arbeiten an der Pariser Ausstellung nehmen in sehr langsamem Tempo ihren Fortgang, u. zw. einerseits infolge des andauernd schlechten Wetters, andererseits infolge des Einbringens des Seinerwafters an vielen Stellen des Ausstellungsgeländes, vor allem aber infolge des Konfliktes zwischen den Bauarbeitern und dem Verband der Ausstellungs-Arbeitgeber, der damit nicht einverstanden ist, daß das ausschließliche Recht zur Aufnahme und Kontrolle der Arbeiterschaft ausschließlich dem Allgemeinen Arbeitsverband zugesprochen wurde und nicht auch den übrigen Arbeiter-Gewerkschaftsverbänden. Die Ausstellungs-Arbeitgeber werden ihre diesbezüglichen Beschwerden dem Staatsrat vorlegen. Bei dieser Sachlage ist die Frage der Nacht- und Sonntagsarbeit bisher noch nicht erledigt worden.

Die holländischen Nationalfarben. Aus dem Haag wird berichtet: Durch einen königlichen Beschluß sind die holländischen Nationalfarben festgelegt worden: rot-weiß-blau. Damit ist ein langwieriger Flaggentreit in Holland entschieden. Zahlreiche Holländer wünschten nämlich als Nationalfarben die historischen Farben orange-weiß-hellblau.

Im Studio der Filmgesellschaft „Universal“ in Hollywood ist aus bisher unbekannter Ursache eine Bombe in dem Raum explodiert, in welchem eben eine Filmszene gedreht wurde. Durch die Explosion fand der Schauspieler George Dahlen den Tod.

Die chinesischen Banditen. In der Nähe von Charbin überfielen ungefähr 100 Banditen eine Automobil-Karawane, raubten sie aus und nahmen 23 Chinesen mit sich, für die sie Lösegeld verlangen werden. Auch in der Nähe von Tientsin haben Banditen einen Dampfer überfallen, von dem sie drei Reisende mitnahmen und 4000 Dollar raubten.

Das größte Trockenboot der Welt. Der amerikanische Marineminister Swanson hat den Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses ersucht, den bereits für den Bau eines Marine-Trocken-docks in Pearl Harbor auf Hawaii bewilligten Betrag von 10 auf 15 Millionen Dollar zu erhöhen. Dieses Trockenboot soll das größte der Welt werden.

Die unzähligen Smiths. Es gibt auch anderswo sehr verbreitete Namen, aber selbstverständlich muß Amerika auch in dieser Beziehung den Rekord halten und so ist soeben eine Statistik publiziert worden, aus der man in der Tat einige erstaunliche Zahlen entnimmt. Von insgesamt hunderttausig Millionen Einwohnern heißen mehr als 1 Prozent, genau 1 Million 800.000 Menschen Smith. Aber auch die Johnson stehen ihnen kaum nach, denn es gibt nicht weniger als 1 Million 24 Tausend Bürger von USA, die so heißen. 730.500 heißen Brown; 684.700 Williams; 658.000 Jones, und 422.300 Wilson. Das heißt, daß rund 5 Prozent der Bevölkerung im ganzen sechs Familiennamen haben. Wohin das führt, kann man sich leicht vorstellen, da es natürlich auch keine genügende Auswahl verschiedener Vornamen gibt. Und so ist sowohl die Post wie die Polizei dazu übergegangen, etwa die Smiths in einem Viertel der Stadt wie Herrsch mit römischen Ordnungszahlen zu versehen. Es gibt in New York z. B. einen Smith CCCXXVII.

Cedol sucht sich zu verteidigen. Die Direktion des „Cedol“ teilt mit: In der letzten Zeit wurde die Aktiengesellschaft Cedol einige Male zum Vorwurf gemacht, daß sie sich bloß um die „Ausfuhr“ von Tschechoslowaken ins Ausland und nicht um die Unterstützung des Fremdenverkehrs aus dem Ausland in die Republik bekümmere. Als Beweis der Unrichtigkeit dieser Angriffe führen wir eine Uebersicht der bisher vereinbarten Gruppen-Reisen des Cedol aus dem Ausland in die Tschechoslowakei an: Im März fünf Exkursionen aus Rostowen, Bulgarien, Italien, England und Polen, ungefähr 180 Personen. Im April sechs Exkursionen aus Holland, Italien, Amerika, Australien, Norwegen, Afrika mit ungefähr 400 Personen. Im Juni drei Exkursionen aus England und Indien mit ungefähr 150 Personen. Im Juli vier Exkursionen aus England, Ägypten, Skandinavien mit ungefähr 600 Personen; im August drei Exkursionen aus England und Holland mit ungefähr 500 Personen; im September zwei Exkursionen aus Bulgarien und England mit ungefähr 100 Personen; im Oktober zwei Exkursionen aus England. Die Zahl der Personen ist bisher nicht bekannt. Außerdem werden einige Exkursionen aus Amerika vorbereitet, vorläufig ungefähr mit 600 Personen. Ein anderer Beweis des durch den Cedol bei uns vermittelten Fremdenverkehrs ist die Frequenz seiner Prager Rundfahrt-Autocars, an denen im Jänner ungefähr 850 Personen teilnahmen.

Waffen der Wetterführungen. Ungefähr entlang der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland verlief Donnerstag nachmittags eine ausgeprägte Temperatur-Grenze. Die Stationen Mitteleuropas haben um 14 Uhr noch leichten Frost verzeichnet, dagegen wurden im Westen gleichzeitig 12 bis 15 Grad Celsius Wärme gemessen. Das weitere Vordringen der warmen Luft auf das Festland ist vorläufig nicht wahrscheinlich. Es ist daher zu erwarten, daß sich der winterliche Störungscharakter mit leichtem Tauwetter in den Radmittagsstunden bei uns noch erhalten wird. — W a r s c h e i n l i c h e s W e t t e r z u t a g: Veränderlich, stellenweise noch Schneehauer; auf den Bergen andauernder Frost; in den Niederungen untertags leichtes Tauwetter, Nordostwind. — W e t t e r a u s s i c h t f ü r S a m s t a g: Vom Westen her Bevölkerungszunahme, etwas wärmer.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Mieterschutz für Zweizimmerwohnungen

Können mieterschutzgeschützte Zweizimmerwohnungen schon vor dem 30. Juni 1937 aufgekündigt werden?

Das Gesetz vom 26. März 1936, Sg. Nr. 88 hat im § 8 bestimmt, daß mit dem 30. Juni 1937 die Bestimmungen des Mieterschutzes für Wohnungen, die außer der Küche und dem Dienstzimmern aus zwei Räumen bestehen, ihre Wirksamkeit verlieren.

Es entsteht nun die Frage, ob die Aufkündigung dieser Zweizimmerwohnungen schon zum 30. Juni 1937 zulässig ist oder ob die früheste freie Kündigung dieser Zweizimmerwohnungen erst nach Ablauf des 30. Juni 1937, also zum 1. Oktober 1937 möglich ist. Vorausgesetzt muß werden, daß bisher das Oberste Gericht in dieser Frage noch nicht entschieden hat und daß die Entscheidungen der Gerichte in dieser Hinsicht einander widersprechen.

Unserem Dafürhalten nach ist jedoch eine Aufkündigung dieser Zweizimmerwohnungen schon zum 30. Juni 1937 nicht statthaft. Zunächst spricht einmal der Motivbericht zum Gesetze für diesen Standpunkt, denn er sagt, daß die Wohnungen mit zwei Wohnräumen und Küche ab 1. Juli 1937 freigegeben werden sollen. Dadurch wird die Absicht ausgedrückt, daß erst ab 1. Juli 1937 diese Wohnungen aus dem Mieterschutz ausgescheiden und daß schon erst von dieser Zeit an gerechnet eine freie Kündigung zulässig ist.

Die Hausbesitzer und ihre Vertreter versuchen darzustellen, daß eine frühere Kündigung, nämlich schon zum 30. Juni 1937 möglich sei, weil der § 26, Abs. 2 des Mieterschutzgesetzes bestimmt, daß Mietsverträge „zu den im Abs. 1, Zahl 11 und 12 festgesetzten Tagen über die dort angeführten Wohnungen und Betriebsstätten bereits früher nach den allgemeinen Bestimmungen unter Einhaltung der vereinbarten oder durch besondere Vorschriften festgesetzten oder ordnungsgemäßen bei mündlichen Betriebsstätten jedoch einer mindestens sechsmonatigen Kündigungsfrist geündigt werden können“.

Allein diese Argumentation ist nicht stichhaltig, denn, wie schon aus dieser Zitiierung hervorgeht, bezieht sich diese Bestimmung einerseits auf mittlere Betriebsstätten, andererseits auf die im Abs. 11 und 12 angeführten Tagen, d. h. der 1. Jänner 1935 für Dreizimmerwohnungen, die ganz oder teilweise zur Ausübung eines Berufes benötigt wurden.

Hätte das letzte Wohnungsfürsorge-Gesetz vom 20. März 1936, Sg. Nr. 88 im § 3 anlässlich der freien Aufkündigung der Zweizimmerwohnungen eine frühere Kündigung für zulässig erklärt, so hätte dies auch in bestimmter und klarer Weise ausgedrückt werden müssen.

Da die Anwendung der Spezialnorm, welche für Dreizimmerwohnungen und mittlere Betriebsstätten seinerzeit angeordnet wurde, im letzten Mieterschutzgesetz für Zweizimmerwohnungen nicht übernommen wurde, erscheint es klar, daß eine frühere Aufkündigung der Zweizimmerwohnungen, nämlich zum 30. Juni 1937, dem Gesetze widerspricht. Davon jedoch abgesehen, hat der § 8 des Gesetzes Nr. 88/1936 überdies imperativ festgesetzt, daß die Vorschriften der §§ 3 bis 5 nicht in jenen Gebieten gelten, in denen die wirtschaftlichen, sozialen und Wohnungsverhältnisse außerordentliche Maßnahmen erheischen. Diese Gebiete sind von der Verordnung zu bestimmen. Bis heute ist diese Regierungsverordnung allerdings nicht erlassen, so daß es sich hier um eine lex imperfecta (unvollständiges Gesetz) handelt. Sobald aber die Regierungsverordnung diese Gebiete bestimmt haben wird, was aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit geschehen dürfte, werden jene bereits rechtskräftig ergangene Kündigungen von Zweizimmerwohnungen delegiert und der Mieter hat dann das Recht, falls der Hausbesitzer trotzdem von der Kündigung Gebrauch macht, also die Räumungsexekution beantragt, im Wege der Klage (§ 35, bzw. 39, Zl. 5 E. O.) die Delegierung abzuwenden und damit die Unwirksamkeit der Kündigung herbeizuführen. Voraussetzung allerdings ist, daß diese Regierungsverordnung ausspricht, daß in jenem Gebiete, in dem sich die Zweizimmerwohnung befindet, die Aufhebung des Mieterschutzes für Zweizimmerwohnungen sistiert wird.

Es kann also zusammenfassend gesagt werden, daß die Aufkündigung einer Zweizimmerwohnung zum 30. Juni 1937 an und für sich nicht zulässig ist und daß selbst dann, wenn eine solche Aufkündigung rechtskräftig ausgesprochen ist, diese ihre Wirkung verliert, wenn die Regierung von dem § 8 des Gesetzes Nr. 88/1936 Gebrauch macht und damit den Mieterschutz für die sogenannten Notstandsgebiete verlängert.

Pensionsgesetzes auf. Die von der Allgemeinen Pensionsanstalt vorgelegten Anträge gehen von der Voraussetzung aus, daß der heutige Umfang der Versicherungspflicht im Grunde bestehen bleiben soll, weil er im allgemeinen den Interessen beider an der Versicherung beteiligten Gruppen sowie auch der Versicherungspraxis entspricht. Er soll demnach weder eingesenkt, noch erweitert werden. Ueber die Anträge, die sowohl der Vertreter der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer vorgebracht, wird in der nächsten Sitzung beraten werden.

Fleischkonsum sinkt weiter

Fettverbrauch gegenüber 1935 etwas gestiegen

Der eben erschienene Ausweis über den Verbrauch von Fleisch und tierischen Fetten im vergangenen Jahr wird charakterisiert durch den Umstand, daß einem höheren Fettkonsum ein weiterer Rückgang des Fleischkonsums gegenübersteht, welcher den niedrigsten Stand in den letzten Jahren — mit Ausnahme der schwersten Krisenzeit 1933 — aufweist. Es wurden verbraucht:

	Gesamtmenge in q	1935	1936	1935	1936
Rindfleisch	1.561.401	1.718.148	10,28	11,37	
Rindstalg	110.954	121.171	0,78	0,81	
Schweinefleisch	1.845.849	1.911.838	12,18	12,65	
Schweinefett u. Speck	778.315	866.887	5,11	4,42	
Sonst. Fleisch	446.105	404.757	2,94	3,27	
Sonstige Fette	4.151	8.941	0,02	0,02	
Fleisch auf. Fette auf.	8.852.945	4.126.743	25,40	27,29	
	888.420	701.000	5,86	5,25	

Welchen Einfluß die Krise auf die Lebenshaltung der einzelnen Schichten der Bevölkerung, insbesondere die der Arbeiter und Angestellten und der Arbeitslosen, hatte, können nur Einzeluntersuchungen aufzeigen. Aber auch aus diesem Jahresbericht des Statistischen Staatsamtes, der den ganzen Staat und die gesamte Bevölkerung erfaßt und bloß den einfachen Durchschnitt errechnen kann, geht der Verfall der Kaufkraft der Bevölkerung und damit der Lebensstandards zur Genüge hervor. Man muß bedenken, daß der Fleisch- und Fettverbrauch in unseren Ländern auch vor der Krise schon tief unter dem Konsum in anderen Staaten lag. Seit der Krise ist er noch um 10 Prozent zurückgegangen. Im Jahre 1930 betrug der Fleischkonsum (auf einen Einwohner gerechnet) 28,10 kg., im Jahre 1936 nurmehr 25,40 kg., der Fettkonsum betrug im Jahre 1930 6,51 kg., im Jahre 1936 nurmehr 5,86 kg. Es läßt sich leicht ermaßen, um wieviel stärker der Rückgang bei den Unbemittelten war, gar nicht zu sprechen von den Krisenopfern, für die Fleisch eine Seltenheit geworden ist. Auch aus den trockenen Riffen dieses statistischen Ausweises ruft das Elend der Menschen, welchen die letzten Jahre die Arbeit genommen oder das Einkommen in unerträglicher Weise beschneiden haben. Die Wiedergutmachung dieser Schäden ist eine Forderung, die mit allem Nachdruck betrieben werden muß.

Um die obligatorische Arbeitslosenversicherung in Belgien

Nach jahrelangen Kämpfen der belgischen Gewerkschaften für die obligatorische Arbeitslosenversicherung sind die Dinge unter der Regierung van Gelsand so weit gediehen, daß alle Aspekte der Frage im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes genau geprüft werden. Die Gewerkschaften, die für ein System sind, bei dem die Arbeiter und Unternehmer gleiche Beiträge zahlen, hielten im Dezember eine Konferenz ab, die sich hauptsächlich mit der Frage der Verwaltung befaßte. Entgegen dem Antrag des Verächterstatters der Exekutive der Landeszentrale sprach sich die Konferenz gegen die direkte Verwaltung seitens des Staates, d. h. für die Weiterbildung der gewerkschaftlichen Unterstufungsstellen aus. Inzwischen haben auch die Unternehmer eine Konferenz abgehalten. Sie sprachen sich kategorisch für eine paritätische Verwaltung durch Funktionäre aus, die von den gewerkschaftlichen Organisationen durchaus unabhängig sind. Nur unter dieser Bedingung, heißt es, könne die Reform durchgeführt werden, ohne daß sie für die Arbeiter die obligatorische gewerkschaftliche Mitgliedschaft mit sich bringt. Die Erhebung der Beiträge soll durch Abzug vom Lohn erfolgen. Bei Arbeitslosigkeit soll der Beitrag von der Arbeitslosenunterstützung abgezogen werden. Der Beitrag soll für Unternehmer und Arbeiter einheitlich sein. Entgegen den Gewerkschaften, die für die Erfassung aller unter Arbeitskontrakt Beschäftigten sind, wollen die Unternehmer die Landarbeiter, Heimarbeiter, Dicker, Hausangestellten und Saisonarbeiter ausschließen.

Die amerikanische Streikbewegung. In

Detroit forderte John Lewis die Chrysler-Autowerke telegraphisch auf, Lohnverhandlungen mit seiner Gewerkschaft aufzunehmen. Lewis plant, den Streik auszurufen, wenn die Forderung nicht erfüllt wird. Die Automobilfabrik hat zugestimmt, am Samstag Verhandlungen mit den Führern der Gewerkschaftsorganisation über den Kollektivvertrag der Arbeiter zu beginnen. — Die kalifornische Polizei hat den Streikenden der Aeroplane-Fabrik Douglas Aircraft Factory schriftlich die Aufforderung übermittelt, unverzüglich die Betriebsstätten zu räumen, da sonst Gewalt angewendet werden würde. — 900 Arbeiter einer Postener-Schuhfabrik sind in den Streik getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.



Paula Wessely in dem Film „Ernte“

Streik bei Peugeot beigelegt. Der Streik der Typographen und des Zeitungspersonals in Marseille und Montpellier wurde durch einen Schiedsspruch beigelegt, den Arbeitsminister Lebas verkündete. Der Minister entschied einerseits über die Regelung der Löhne, andererseits über die Arbeitszeit. Das Personal wird entweder sechs Tage in der Woche zu je sechs Stunden oder sieben Stunden täglich und zwei Ruhetagen in der Woche arbeiten. Heute werden die Pariser Camels ihre Forderungen dem Schiedsverfahren unterbreiten. Auch der langwierige Konflikt der 15.000 Angestellten der Peugeot-Automobilwerke in Sochaux wurde beigelegt und die Arbeiterschaft wird morgen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Frage der Anwendung von Sanktionen gegen einige Arbeiter wird Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein.

Englische Arbeiter fordern bezahlten Urlaub. „Morning Post“ teilt mit, daß Baldwin einige Vespredungen mit dem Generalrat der Gewerkschaftsverbände hatte und sich zu den von Führern der Bewegung verbotenswerten Ansichten sympathisch ausgesprochen hat. Die Regierung hätte beschließen, einen Sonderausweis für das Studium dieser Frage zu erneuern.

Ausland

Die Hintergründe der rumänischen Regierungsumbildung

Seit Wochen spricht man in Rumänien von Rücktritt der Regierung Talarescu. Nun erfolgte plötzlich anstatt des Rücktrittes die Umbildung. Was hat zu der Umbildung der Regierung geführt? Im Bukarester Heim der Medizinstudenten, dem Sitz der „Eisernen Garde“, wurde in der Vorwoche der liberale Studentenfürher von Mitgliedern der „Eisernen Garde“ schwer mißhandelt. Darüber gab es im Parlament eine Diskussion, in welcher der Innenminister Zucca die Ungeschicklichkeit beging, die Existenz eines zweiten Staates im Staate als annehmbar zu empfinden. Der sich hierauf ergebende Presteursturz hat dann die Umbildung der Regierung zur Folge gehabt.

Besonders interessant ist die Ernennung des Bukarester Polizeipräsidenten General Marinescu zum Staatssekretär im Innenministerium. General Marinescu ist, neben dem derzeitigen Ministerpräsidenten, einer jener Männer, die das unbefräßte Vertrauen der Krone besitzen. Er war es, der die erste Regierung der Nationalgarde durch eine gegen die Regierung gerichtete Rede gestürzt hatte. Wie stark die Stellung dieses Mannes war und noch sein dürfte, beweist folgender Vorfall: Nach der von General Marinescu, damals war er noch Oberst, gehaltenen Rede entließ ihn die Regierung Maniu, in welcher der heutige Parteiführer der Nationalgarde, Mihaila, Innenminister war. Oberst Marinescu aber warf dem Ueberbringer das Entlassungsschreiben vor die Füße. Einige Stunden nach diesem Ergebnis war die Regierung Maniu entlassen.

General Marinescu gilt als einer der größten Feinde der Arbeiterklasse und der Demokratie. Seine Ernennung zum Staatssekretär dürfte den Kräften, die der liberalen Oligarchie noch eine lange Regierungsdauer voraussetzen, recht geben.

Noblesse unter Freunden. (AP.) Deutschland hat sich gegenüber Ungarn eine unfreundliche Haltung geleiht, aus der der ganze Unmut über die veränderte politische Haltung Ungarns seit dem Tode von Gömbös, über die außenpolitische Distanzierung vom Reich und die innenpolitische Abkehr vom Rechtsradikalismus spricht. Es ließ nämlich durch den deutschen Botschafter in Budapest der ungarischen Regierung die Rechnung über die in München entstandenen Kosten der Aufbahrung des verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös sowie der Trauerfeierlichkeiten überreichen. Die ungarische Regierung präferiert die Rechnung zunächst der Heimatgemeinde von Gömbös, der Stadt Budapest, zog es dann aber vor, die Rechnung stillschweigend zu begleichen.

Fortschreitende Wirtschaftsbelebung, wachsender zwischenstaatlicher Handel

Der Jännerbericht der Nationalbank

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. I. M. seine ordentliche Monatsitzung unter dem Vorsitz des Gouverneurs M. Dr. Karel Engliš ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Selbst im verfloffenen Monat erfuhr die internationale politische Spannung im Auslande keine Abschwächung, obwohl sich die Großmächte besonders für die Lokalisierung des Bürgerkrieges in Spanien und die Herstellung des Gleichgewichtes der Mächteinteressen auf dem europäischen Kontinent intensiv einsetzten.

Die Weltwirtschaftsbelebung greift ständig auf weitere Gebiete über, hebt allmählich den Umfang des zwischenstaatlichen Güterausstausches und stimuliert den Weltverkehr. Die Wirtschaftstätigkeit in der Tschechoslowakei befand sich heuer zu Jahresbeginn auf einem höheren Niveau als im Vorjahre und steigt ständig.

Auf dem Geldmarkte ging der Jahresultimo ohne Schwierigkeiten vorüber und der Markt bezeichnete nach Neujahr wieder eine beträchtliche Entspannung. Der Zufluss von kleinen Ersparnissen bei den Geldanstalten nimmt nach Neujahr eher zu. Langfristiger Kredit wird ständig gesucht, namentlich seitens der Selbstverwaltung.

Auf dem Aktienmarkte der Prager Börse war die Tendenz schon nicht mehr einseitig ansteigend. Die Grundtendenz bleibt noch ständig freundlich. Das Interesse an staatlichen Anlagewerten nimmt zu.

Das Niveau der Großhandelspreise hob sich neuerdings mäßig, wobei das Anschwellen auf dem Gebiete der Industriestoffe und -Erzeugnisse ausgeprägter ist als bei dem Index der Nahrung, Genuss- und Futtermittel. Das Kleinhandelsniveau des Nahrungsmittelbezuges blieb zum Jännermedium 1937 im Durchschnitt unverändert.

Der Stand der Wintersaat läßt sich bisher nicht mit Sicherheit beurteilen, es kann jedoch erwartet werden, daß manche Schwäche und gelichtete Kulturen im Frühjahr umgeändert oder wenigstens nachgesät werden müssen. Nach entsprechender gesunder Frühjahrsaat herrscht schon jetzt bedeutende Nachfrage.

Auch bei der saisonüblichen Ruhe in einigen Erzeugungsbezügen ist heuer die gesamte Industriebeschäftigung in den ersten Wochen des Jahres beträchtlich lebhafter als im Vorjahre, da sie sowohl von einem regeren Inlandsabfah als auch von einer höheren Ausfuhr unterstützt wird. Die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte ist im heurigen Winter weniger umfangreich als in den vergangenen Jahren.

Die Jännerergebnisse des Außenhandels reflektieren sowohl wert- als auch mengenmäßig eine stärkere Umfahbesserung. Besonders die Rohstoffzufuhr erhöhte sich; deshalb war auch die Handelsbilanz bei wesentlicher Ausfuhrsteigerung, vornehmlich von Fertigprodukten, im Jänner passiv.

trägt, ist gegenüber dem Zuwachs im Jahre 1935 per 13.981 verhältnismäßig am größten seit dem Bestand der Pensionsversicherung und hauptsächlich bedingt durch den Eintritt von 50.280 neuen Versicherten. Gleichfalls groß ist der Zuwachs an Vorsparungen der gesetzlichen Versicherung mit dem Zuschlag für die nichtversicherte Zeit von 742 Millionen Kč im Jahre 1935 auf 492 Millionen Kč im Jahre 1936. Dagegen sind die Dienstbezüge der Versicherten verhältnismäßig zurückgegangen, bei Männern von 18.252 auf 10.120 Kč und bei Frauen von 8099 auf 8007 Kč, was mit dem starken Zuwachs der Versicherung neuer, junger Kräfte mit kleinem Anfangsgehalt erklärt wird. Nach diesen Erläuterungen nahm der Ausschuh auf Grund der Berichte Dr. Gallas und Dr. Lipperts die Beratungen über den Umfang der Versicherungsspflicht nach den §§ 1 und 2 des

Die Pensionsversicherung im Jahre 1936

Beachtliche Zunahme der Versichertenzahl. — Rückgang des Durchschnittseinkommens

Die Pensionssektion der ministeriellen Kommission für die Reform der Sozialversicherung der Privatangestellten hielt Dienstag unter Vorsitz des Regierungskommissars Dr. Goloveb in der Allgemeinen Pensionsanstalt eine Sitzung ab. Einleitend gab Prof. Dr. Schoenbaum Erläuterungen zu den statistischen Ausweisen der Allgemeinen Pensionsanstalt über die Pensionsversicherung im Jahre 1936, aus welchen ersichtlich ist, daß die Versicherung günstig fortgeschritten. Der Zuwachs der Pflichtversicherung, der 28.102 be-

Trager Zeitung

Arbeitersolidarität gegen Streikbrecher

Am vergangenen Montag kam es in der Fliegermotoren- und Autofabrik „A. E. r. o.“ in Prag-Retiana zu einem spontanen Demonstrationstreik der gesamten 1300 Köpfigen Belegschaft, der darauf zurückzuführen war, daß in dem genannten Betrieb zwei Streikbrecher Anstellung gefunden hatten, die bei dem Streik der Jandek-Arbeiter ihren Arbeitskameraden in den Rücken gefallen waren. Mit dem Demonstrationstreik wurde eingesetzt, nachdem der Betriebsausschuß einigemale die Werkleitung darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die „A. E. r. o.“-Arbeiterschaft mit Streikbrechern nicht zusammenarbeiten wolle. Der Streik tat seine Wirkung. Die beiden Streikbrecher erkannten die Unhaltbarkeit ihrer Position und zogen es vor, selbst zu kündigen und das Feld zu räumen.

Die beiden Streikbrecher waren Schüllinge der von den Agrariern durch Herrn Chalupa aufgelegenen „grünen Gewerkschaft“, deren schmähliche Rolle im Kampf der Jandek-Arbeiter noch unvergessen ist. Es ist also kein Wunder, daß der agrarische „A. E. r. o.“-Demonstrationstreik der „A. E. r. o.“-Arbeiterschaft zu einem gewissen Ausfall gegen die „sozialistische Inquisition“ benützt und sich sogar dazu versteigt, dem Betriebsausschuß mit Strafverfolgung nach dem „Terrorgesetz“ zu drohen! Auf verschiedene grobe Entstellungen des wahren Sachverhaltes kommt es dem ehrenwerten Organ des Herrn Dr. Kahánek natürlich nicht an. Mit Recht betont der „Večerník Právo Lidu“ die jämmerliche Unhaltbarkeit der Anwürfe des agrarischen Abendblattes. Die Arbeiterschaft hat sich mit vollem Recht gegen die Zusammenarbeit mit Leuten vom Schlage der beiden Streikbrecher gewehrt und diese haben vernünftigerweise ihre Konsequenzen gezogen, ohne daß es irgendeines persönlichen Druckes bedürft hätte. Gerade in vorliegendem Fall hat der Betriebsausschuß durch mehrfache Warnung der Streikbrecher seine Pflicht gewissenhaft erfüllt. „Niemand wird ehrliche Arbeiter“ schließt der Več. P. L. „dazu zwingen, auch nicht durch die Strafgerichte, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten.“ Versuche, die bewußte Arbeiterschaft durch agrarische Protektionskinder zu erschrecken, müßten vom Standpunkte der Staatsverteidigung bedauert werden. „Denn Protektionskinder sind eben nur gut für Protektion, aber nicht für ehrliche Arbeit.“

Interessant ist ferner, daß die Streikbrecher trotz ihrer „guten Dienste“ sich bei der Firma Jandek, wo unter dem Druck der damaligen Verhältnisse die Arbeiterschaft zu der Annahme einer Kompromißlösung gezwungen war, nicht weiterbeschäftigt wurden, obwohl ein fühlbarer Mangel an qualifizierten Kräften besteht.

Mimosen

Mimosen — Begriff der Empfindsamkeit. In allen Blumenhandlungen leuchtet jetzt ihr sonniges Gesicht, ein lockeres Geflecht zartester Federblüten. An den Blumenständen vor den Friedhöfen liegen sie auf der nackten Erde. Der Wind rauscht sie, Schnee fällt darauf. Man meint, sie müßten vergehen; es sind doch Kinder des Südens. Aber sie ertragen es und erst der kalte Wechsel macht sie hilflos; aus der Wärme im warmen Zimmer gebracht, wellen sie rasch dahin und der schwärmerische Duft verfliehet.

Vielleicht haben die Blüten nicht teil an der friedhöflichen Melancholie der Blätter. „Empfindsam wie eine Mimose.“ Diese Redensart drückt ja aus, wie schreckhaft die „Simpplanze“, wie sie deshalb auch genannt wird, auf die leiseste Verührung ihrer Blätter reagiert. Am Ru fallen sich die kleinen Niederblütchen zusammen und so verharrten sie lange Zeit, bis der Meiz überwunden ist. Ich sah es einmal in getrockneter befeuchteter Drasil. Im Glashaus eines Botanischen Gartens stand eine Mimose in voller Blüte. Um mir den Effekt zu zeigen, kündete der Gärtner ein Streichholz an und hielt es eine Sekunde nur an die äußerste Spitze eines Blattes. Jäh, wie von heftigem Schreck durchdrast, schlug das von der Flamme berührte Blatt die Niederblütchen zusammen, so plötzlich, daß man selbst ein wenig erschrocken. Da klappte auch schon das benachbarte Blatt zusammen, dann ein drittes, ein viertes, und schließlich klappte rudartig der Stengel des ganzen Zweiges nieder. „Warten Sie“, sagte der Gärtner, „es geht weiter!“ Da durchdrast es auch schon die Blätter des nächsten Zweiges; ein Blatt nach dem andern und dann auch der Stengel klappte ein. Und so durchschauerte der Schreck die ganze Pflanze. Blatt um Blatt, Zweig um Zweig, nur ein wenig langsamere geschah es bei den entfernteren Blättern, und nun stand die Mimose da, well und

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wie wieder — Grippe! Das sagt jeder, der sie einmal überstanden hat, der ihre Leiden gekostet, um Arbeitskraft und Gesundheit gebangt hat! Aber mit dem Sagen allein ist's nicht getan: Sie müssen auch etwas tun! Spülen Sie täglich Ihren Mund mit ein paar Tropfen Alpa-Frangbrennwein, in Wasser gelöst, und massieren Sie Ihren Körper mit „Alpa“! Dann kann die Grippe Ihnen nichts anhaben, dann sind Sie frisch, gefröhnt, gesund! Darum empfehle ich der Arzt „Alpa“!

schlief, in einem grau beschlagenen Grün, als habe der Schreck sie gelähmt. So verharrte sie lange Zeit; es war, als lausche sie, ob der Mensch mit der schrecklichen Flamme noch in der Nähe sei.

Endlich reigten sich die entferntesten Blätter wieder, langsam und ängstlich entfalten sich die Niederblütchen, und allmählich, abwartend und mit kleinen Rausen ließ die Bewegung Blatt um Blatt zurück, bis nach geraumer Zeit die Mimose ihre stierliche Gestalt wieder zu zeigen wagte.

„Wollen Sie es noch einmal sehen?“ fragte der Gärtner. Nein — es war so befriedigend anzusehen, als ob der Mimose ein fühlbarer Schmerz zugefügt worden sei.

Und vielleicht fühlt die Pflanze den Schmerz wirklich. Mit anderen Organen als den unseren und auf andere Art, die ihr Geheimnis ist. Alfred Kerr erzählt in seinen Schriften von einem Fischweibchen, in dem die Rede davon war, daß die Menschen auf einer höheren Kulturstufe es vielleicht unterlassen würden, Tiere zu töten, nur um ihr Fleisch zu essen. Sie würden sich dann lieber nur von Pflanzen nähren.

„Gut“, wandte ein Gesprächspartner ein. „Das wäre dann eine höhere Sittlichkeit. Sittlichkeit auch gegenüber den Tieren. Aber was ist es dann mit der Sittlichkeit gegenüber den Pflanzen? Wer sagt uns, daß Pflanzen empfindungslos sind...?“

Beim Auffpringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 19 stieß Mittwoch abends die 16jährige Valerie Schaeffler aus Lieben aus und geriet unter die Räder. Dem bedauernswerten jungen Mädchen wurde ein Knöchel völlig amputiert, so daß eine Amputation des verletzten Beines unumgänglich ist. Das Unheil geschah auf dem Benzelplatz gegenüber dem Bata-Haus.

Für die Telefon-Teilnehmer in Prag XIX. Das Telephon-Baumst. Nr. 2 in Prag teilt mit, daß wegen Umstellung des Telephonbetriebes in diesem Teil von Prag XIX., außer der Damsauka, vom 27. Februar, 12 Uhr mittags, bis zum 1. März, 8 Uhr früh, unterbrochen sein werden.

Ein praktischer Kurs der tschechischen Sprache findet an der Karls-Universität statt, für Anfänger jeden Dienstags, für Fortgeschrittene jeden Freitag von 17—19 Uhr im Hörsaal 201 und 200 am Smetanovo náměstí (3. Stod). Beginn am 2. März. Lektor Prof. Strbináček.

Ausflugsbahn der Staatsbahnen. Vom 27. bis 7. März: Eine Woche auf den Klammern des Riesengebirges für 400 Kč, vom 8. bis 15. März eine Woche Wintersport in der Snobes Tatra oder Zelaart 505 Kč, vom 18. bis 21. März Frühjahrs auf der Sokołowka im Riesengebirge 400 Kč und Frühjahrs am Fuße der Šanceklopa in Beher 410 Kč. Informationen und Anmeldungen im Bazar neben dem Wilsonbahnhof, Tel. 383—35.

Vorträge

Irene Harand über Völkerverständigung und Weltfrieden

Im großen Saale der tschechischen Bäckerei sprach gestern die Wiener Schriftstellerin Irene Harand, die Herausgeberin der Zeitschrift „Gerechtigkeit“ und Verfasserin des gegen Hitler's Theorien gerichteten Buches „Sein Kampf“, eine Streitschrift gegen Massenwahn, Kriegshebe und Kulturreaktion, die sich, wie der ungewöhnlich starke Besuch ihres Vortrags zeigte, auch in Prag großer Sympathie erfreuen kann. Sie spricht ohne Pathos und ohne mit geistreichen Wendungen imponieren zu wollen, und nichts charakterisiert sie besser als ihr Ausdruck, daß man sich nicht scheuen sollte, die Wahrheit tausendmal zu wiederholen, so wie sich die anderen nicht scheuen, die Lüge tausendmal zu wiederholen. Ihr Vortrag (der Stück für Stück auch ins Tschechische überetzt wurde) begann mit dem Hinweis auf die fortschrittsthemmenden Fesseln, von denen die Menschheit heute eingeengt ist. Vor allem müsse dem Massenwahn, der die Verletzung von diesen Fesseln verhindern wolle, der Kampf gelten. Es gebe keine minderwertigen Rassen in der Menschheit, und die Behauptung von der Minderwertigkeit der Juden werde schon durch die Tatsache widerlegt, daß unter den Trägern des Nobelpreises zwölf Prozent jüdische Herkunft sind. Es sei eine Fälschung, wenn man, um eine Menschengruppe zu diskriminieren, immer ihre unwürdigen Vertreter als Beispiele heranziehe, und es sei ein Unfinn, geistige Schöpfungen durch körperliche Merkmale der Urheber erklären zu wollen, denn was der Geist der Menschheit gibt, ist nicht körperlich, sondern ewig. Der Antisemitismus diene überall Machtstülpsternen dazu, eine Diktatur anzustreben, denn er wirke als Synthese, die zur Aufgabe der Freiheit führt. Was die Menschheit brauche, sei Völkerverständigung, gegenseitiges Kennenlernen, gegenseitige Achtung und Einigung über das, wonach alle gemeinsam streben. Die Mednerin, die kürzlich die Vereinigten Staaten besucht hat, wies auf das amerikanische Beispiel hin. Auch dort hat es im Laufe der Geschichte immer wieder Mißtrauen zwischen den verschiedenen Einwohnergruppen gegeben, auch dort gab es im 17. und 18. Jahrhundert Rassenverfolgungen, die mit denselben Schlagworten geführt wurden wie die europäische Judenverfolgung von heute. Aber der Einigungsgebanke Washington setzte sich durch, so wie sich heute wieder Moskau gegen die Schrittmacher einer Diktatur in den Vereinigten Staaten durchgesetzt hat. Die Zusammenarbeit der Nationen und Religionen hätte auch in Europa das Erstarken der Diktaturen verhindern können, und es sei höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen. Die Tschechoslowakei, die in der Welt nicht nur mächtige Freunde, sondern auch mächtige Freunde habe, könne hier eine große Aufgabe erfüllen, wenn

Der beiliegende Erlagschein ist zur Bezahlung der Abonnementsgebühr zu verwenden!

Wer im Rückstande bleibt, schädigt die Partei und deren Presse

Die Verwaltung

alle ihre Nationen sich auf das einigen, was ihnen allen nützlich ist. Es gibt, wie die Mednerin sagt, keinen deutschen und tschechischen Hunger, es gibt nur einen Hunger, der alle quält und von allen befreit werden muß. Die Not ist das Instrument der Diktaturen, die zwar nicht imstande sind, das Elend zu lindern, aber davon profitieren, daß es die Menschen häßlicher, neidisch und undernünftig macht. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete müsse die Verständigungsstufen, und die Mednerin bekannte sich zu der Ansicht, daß auch im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung eine Lösung der Wirtschaftsprobleme möglich sei, wenn man nur den Mut aufbringe, neue Wege zu gehen, und die Wirtschaft so umzuformen, daß sie den Bedürfnissen aller genügt.

„Der Techniker in der Gesellschaft“ ist das Thema eines von der Masaryk-Gesellschaft für Soziologie veranstalteten Diskussionsabendes, welcher am Freitag, den 26. d. M., um halb 20 Uhr im Sprechsaal des Fürsorgeinstitutes stattfindet. Referent Dozent Dr. V. Verunák, Korreferent Dozent Dr. A. Galia. Eintritt frei.

Der Film

Moral über alles

Wenn man an ältere Schwänke zurückdenkt, sieht man auf viele Vorbilder dieses neuen tschechischen Films, in dem uns ein Sittlichkeits-Professor (mit Villa und allem Zubehör) gezeigt wird, der durch seine uneheliche Tochter, die sich in sein Haus als Gouvernante einschleift, nach vielem Sin und Her zu einem Eingeständnis seiner feigen Heuchelei und zur Aufklärung der angeammelten Mißverständnisse gebracht wird, woraufhin der Professor dann bei der Enttüllung der eigenen Büste im Sittlichkeitsverein den Moralisten ordentlich die Meinung sagt. So liegt die „echte“ Moral über die „falsche“, die „Natürlichkeit“ über die „Unnatur“, und dies umso leichter, als die „Immoralisten“ selbstverständlich sehr jugendhafte Leuten sind, während die Sittlichkeitsapostel geheime Kaster haben, — ja, sie sind so unnatürlich daß sie über ihre eigenen Frühe stolzen, während die anderen so natürlich sind, daß sie sich schämen und über Tische und Stühle springen. Für eine Satire ist das etwas zu oberflächlich, für eine Komödie etwas zu unoriginell und primitiv, es bleibt also ein Schwanz für arundäblich Sachlustige, in dem die Lachsekte aber gar zu oft wiederholt werden und allzu deutlich vorangefündigt werden. Man hat von dem Regisseur Mac F r i e (der in letzter Zeit allzu „produktiv“ geworden ist), weit Besseres gesehen als diesen Film, der freilich immer noch den Vorzug hat, daß er auf Schlägerlingen und Sentimentalitäten verzichtet, sich hellenweise selbst parodiert und im ganzen ein floties Tempo einhält. Auch die Hauptdarsteller Hugo a a s und Věta F e r b a s o v á haben es sich diesmal leichter als sonst gemacht, was aber angeht die zu bewältigenden „Aufgaben“ kaum ein Wortwort ist. Adina M a n d i o v á, die hier zum ersten Male nicht eine Luxusdame, sondern einen komischen Badisch spielt, zeigt sogar eine, wenn auch bescheidene, schauspielerische Entwicklung.

Bei den Strohwitwen. Einmalig heißt dieser Hollywood-Film „Zum Tanzen geboren“, — aber ausgehen: er könnte auch „Bei den Strohwitwen“ oder „Beim Parte des Propheten“ oder „Des Meeres und der Liebe Wellen“ heißen. Es geht nämlich drunter und drüber in diesem (außerlich) bewegten Kinostück, das aber eigentlich gar kein Stück, sondern einfach eine reißerische Revue mit einer irgendwie in sie hineingeratenen und dementsprechend bemessenen Handlung ist. Sie spielt auf einem Kriegsschiff, das heißt: die Musik spielt und es wird getanzen und getanzt, wobei drohende Geschüßprobleme zur Erhöhung der Stimmung und zur Verstärkung des Lärms, aufgeschaltete Marionette als Waschmännchen und Girls als Vorführdamen für Marine-Uniformen dienen. Ein großer Mummel für Leute, die einmal wieder etwas „richtig Amerikanisches“ sehen wollen, — und im Mittelpunkt der schwindelerregenden und betäubenden „Schauspiel“ die „große“ Revue-Tänzerin Eleanor B o w e r l y (die man schon von der „Broadway-Melodie“ her kennt), eine Dame, die sich so andauernd um sich selbst, über sich selbst, ineinander und auseinander bewegt, daß sie bezaubernd ist, ob sie noch ein längerer Stück aeraußerst gehen kann. Aber auf Kriegsschiffen, wo Raummanögel herrscht, ist der Revue-Tanz möglicherweise die praktischste Art, sich Bewegung zu machen. Und man behaupte dann noch, daß Filme wie dieser nicht zum Verständnis der Gegenwart beitragen! —

Ein Tatsachenbericht aus den berüchtigten Konzentrationslagern

„Staatsliches Konzentrationslager VII von H. H i n r i c h s gebunden KČ 48.— „Dachau“ von Walter H o r n u n g gebunden KČ 54.— Zu beziehen durch die Zentralkasse für das Bildungswesen Praha XII., Sieglá 13.



Věta Garbo

in der Titelfolle des Films „Königin Christine“.

Kunst und Wissen

Arbeiter-Vorstellung „Das Nest“ mit Tilla Durieux als Gast. Das Entgegenkommen der Theaterdirektion ermöglichte es uns, dieses reizende Lustspiel in der glänzenden Fassung wie bei der Erstaufführung für Sonntag, den 7. März, um halb 3 Uhr nachmittags anzusehen. Karten täglich von halb 9 bis 2 und 4 bis 6 Uhr bei Optiker D e u t s c h, Koruna.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag 8 Uhr: Die Federmaus, Monn. aufgeh. — Samstag 7½: Nach der Luft, Gastspiel D u r i e u x, neuinszeniert, 9. — Sonntag 2½: Nean, Gastspiel Leopold Kramer und Pepi Kramer-Wäcker. 8: Alexander der Simmelstür, Abonnement aufgehoben.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Freitag 8 Uhr: „Matura“. — Samstag 8 Uhr: Photoparabieren verboten. — Aufführung. — Sonntag 8: Matura, 7½: Photoparabieren verboten.

Vereinsnachrichten

Masken- und Kostümball des Allgemeinen Angestellten-Verbandes am Samstag, den 27. Februar 1937, im Seine-Saal, Prag II., Jodova St. Eintritt KČ 10.— Kapelle Papert, Mitternachtsprogramm des Mus. Reklamationen: Sitnad E. Prag II., Jüngerovo nám. 4.

Sozialistischer Jugendverband, Kreis Prag

Wir berufen für Samstag, den 27. Februar, und Sonntag, den 28. Februar 1937, unsere

6. ordentliche Kreiskonferenz

ein. Tagesordnung: Berichte der Funktionäre, Referat, Resolutions der Kreisfunktionäre, die weitere Arbeit, freie Anträge. Genauer Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben.

Die Kreisleitung.

Urania-Kino, Klimentská 4.

Fernsprecher 61628.

Königin Christine

Mos'auer Prozeßgeheimnisse!

Enthüllungen eines führenden Bolschewik über die politischen und psychologischen Hintergründe der Moskauer Prozesse und die Ausrottung der alten Bolschewik. Lesen Sie die Artikelserie in

„Neuer Vorwärts“

Karlshof (C. M.), die alle Häufel ist

Bezugsbekanntmachung: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich KČ 16.—, vierteljährlich KČ 48.—, halbjährlich KČ 96.—, ganzjährig KČ 192.—. — Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retournaten. — Die Zeitungsdrucker wurden von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 18.800/VII/1930 bewilligt. —